

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im Voraus zahlbar, Nachtrag 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzuschlag und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandsabonnenten 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschlag 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner: „Freundliches“, „Takt“, „Bild in die Welt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbilder“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Wappentafel 80 Pfennig, Reklametexte 5.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des „Vorwärts“ Wort 25 Pfennig (täglich zwei Seiten), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote des „Vorwärts“ Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einbrennstraße 2, monatlich von 8/1, bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. O. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

4 3/4 Millionen arbeitslos!

Die Katastrophe des Arbeitsmarktes.

4 3/4 Millionen Arbeitslose — 1 1/2 Millionen mehr als vor Jahresfrist —, das ist das Ergebnis der Zählung der Reichsanstalt für den Berichtsschnitt vom 1. bis 15. Januar. Mitte Januar wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung rund 2 396 000, aus der Krisenfürsorge rund 739 000 Arbeitslose unterstützt. Unter den am 15. Januar bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden befanden sich — nach Abzug der noch in Stellung oder in Hausarbeit befindlichen — rund 4 765 000 Arbeitslose.

Die Witterung machte in weitem Umfang die Einstellung der Außenarbeit notwendig; dem entspricht der starke Zugang aus dem Baugewerbe. Die meisten Tiefbauarbeiten mußten eingestellt werden; daher stellt die ungelernete Lohnarbeit einen erheblichen Anteil des Neuzugangs an Arbeitslosen. Der Einschlag in den Forsten und die Zuckerkampagne sind fast überall beendet. Bedauerlicherweise stößt auch die Reichsbahn fortgesetzt Zeitarbeiter ab, statt die Arbeitszeit zu verkürzen.

Am letzten Stichtag wurden 4 337 000 Arbeitsuchende gezählt. Die Zunahme in der ersten Januarhälfte beträgt also über 400 000. Alle pessimistischen Voraussagen sind übertrumpft. Statt einer Verlangsamung in der Zunahme der Arbeitslosigkeit ist eine Beschleunigung eingetreten.

Zur innerdeutschen Wirtschaftskrise ist die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise hinzugekommen. Dazu wirkt sich immer schärfer das Eigengewicht der Arbeitslosigkeit aus. Wenn auch von den 4 3/4 Millionen Arbeitslosen etwa 4 Millionen unterstellt werden, so lang diese Unterstützung doch nur gerade zur notdürftigsten Deckung der dringendsten Lebensbedürfnisse. Auf dem Markt der industriellen Fertigfabrikate

fehlen 4 1/2 Millionen Käufer. Das muß sich weiter krisenverschärfend auswirken. Dazu kommen die Kurzarbeiter. Schätzt man diese nur auf zwei Millionen, so wächst um eine ebenso große Zahl die der Ausgeschalteten vom Warenmarkt der industriellen Fertigfabrikate. Diese ungeheuerliche Zahl verengt den Warenmarkt auf eine wirtschaftlich unhaltbar enge Basis.

Dazu kommt der Lohnabbau. Schon vor dem Abbau der Tariflöhne sind die Verdienste — nach der sehr vorsichtigen Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung um acht Prozent — abgebaut worden. Nun sind auch die Tariflöhne für Millionen Arbeiter und Angestellten um 4 bis 8 Proz. abgebaut worden. Wenn man berücksichtigt, daß der Hauptteil der Ausgaben im Arbeiterhaushalt — Mieten, Ernährung, Steuern, Sozialbeiträge usw. — nicht eingeschränkt werden kann, in den letzten Wochen sogar noch erhöht wurde, dann trifft die Lohnsenkung, die tatsächlich zwischen 12 und 25 Proz. liegen dürfte, mit voller Wucht die Ausgaben für industrielle Fertigfabrikate und ähnliche „Luxusausgaben“.

Wir sind aber noch nicht am Ende des Lohnabbaus. Der Abbau der Beamten- und Angestelltengehälter wird sich erst in den kommenden Wochen auswirken. Was aber dann, wenn man die Massenläufer vom Warenmarkt vertrieben haben wird?

Der Reichstanzler hat in seiner Rede vor den sächsischen Industriellen in Chemnitz angekündigt, daß „sachverständige Nicht-interessenten“ die Arbeitslosenversicherung einer nochmaligen Prüfung unterziehen werden. Wir zweifeln nicht daran, daß es diesen „Sachverständigen“ gelingen wird, die Reichsanstalt zu entlasten und die Gemeinden zu belasten. Wird es dann auch nur einen Arbeitslosen weniger geben?

Wir haben jetzt etwa sieben Millionen ganz oder teilweise Arbeitslose. In einem Monat werden es wahrscheinlich acht Millionen sein. Das ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch von tausenden, vielleicht zehntausenden Unternehmungen. Der Lohnabbau wird seinen Verheerern fürchterlich werden!

Parlamentsreform.

Das Mißtrauensvotum. — Interpellationen.

Von Paul Löbe.

Der Beginn der Reichstagsarbeiten macht neben der Sorge für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Debatten und eine rechtzeitige Erledigung des Reichshaushaltsplanes für 1931 auch die endgültige Regelung bei den Abstimmungen über Vertrauens- und Mißtrauensvotum dringend notwendig. Der bisherige Zustand, daß manche Parteien keine klare Stellung für oder Wider nehmen wollen, daß andere zu sogenannten unwahren Anträgen greifen, für die zu stimmen sie selbst keine Absicht haben, ist auf die Dauer nicht erträglich. Hier müssen durch die Geschäftsordnung klare Verhältnisse geschaffen werden. In der „Frankfurter Zeitung“ wurde anlässlich der letzten Vorfälle der Vorschlag zur Debatte gestellt, die Unterzeichner von Vertrauensanträgen ohne weiteres als abgegebene Stimmen für den Antrag zu zählen und so die Einbringung von nicht ernst gemeinten Anträgen zu verhindern.

Der Weg erscheint mir nicht gangbar. Abgesehen davon, daß die Unterzeichner am Abstimmungstag einfach nicht anwesend zu sein brauchen, wird es kaum möglich sein, ihre Stimmen für den Antrag zu zählen, wenn sie inzwischen erklären, daß sie dagegen stimmen wollen. Aber auch eine nachträgliche Erklärung der so Gezählten, daß ihre wirkliche Abstimmung gegen das Vertrauensvotum ausgefallen wäre, muß das einmal gestellte Votum stark beeinträchtigen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber auch genug Wege, die zur Zufriedenheit für beide Teile, Mehrheit und Opposition, beschritten werden können. Der betreffende Artikel der Verfassung (54) hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“

Satz 1 stellt also den Grundsatz auf: die Regierung bedarf des Vertrauens. Satz 2 zeigt den Modus, in dem der Reichstag seine Meinung bekundet und die Folgerung erzwingt: er entzieht das Vertrauen und führt dadurch den Rücktritt herbei. Die jetzt üblich gewordene Form des Antrages lautet deshalb etwa so: „Der Reichsminister Treuvarianus bezieht nicht das Vertrauen des Reichstages.“ Wird der Antrag so gestellt und abgestimmt, so sind seine Folgen nach beiden Seiten klar. Kompliziert werden die Verhältnisse erst, wenn statt der Mißtrauensanträge oder neben ihnen noch das Gegenteil beantragt wird, nämlich ein direktes Vertrauensvotum oder die Billigung für eine bestimmte Handlung der Regierung. Dann entsteht der Streit über die Reihenfolge der Abstimmung, über das Verhältnis dieser Anträge zu den Mißtrauensvoten und die Auswirkung, die ihre Annahme oder Ablehnung zur Folge hat.

Dieser Streit kann meines Erachtens zur Befriedigung aller Teile gelöst werden, wenn die Geschäftsordnung folgende Grundsätze auspricht: Klare Mißtrauensvoten, die den Text des zweiten Satzes des Artikels 54 der Verfassung wiederholen, kommen unter allen Umständen zuerst zur Abstimmung. Bei ihnen kann über Sinn und Folge kein Streit obwalten; sind sie angenommen, so ist der Rücktritt der Regierung resp. des Ministers selbstverständlich.

Begnügt sich die Opposition mit der Ablehnung der Mißtrauensvoten nicht, oder wünschen andere Teile des Hauses eine Entscheidung über sogenannte positive Vertrauensvoten, oder liegen überhaupt nur solche Anträge und keine Mißtrauensanträge vor, so bezeichnet die Regierung denjenigen Antrag unter mehreren, von dessen Annahme sie ihr weiteres Verbleiben im Amte abhängig macht, oder verlangt Uebergang zur Tagesordnung. Der so bezeichnete Antrag kommt unter den Vertrauensanträgen zuerst zur Abstimmung.

Daß der klare Mißtrauensantrag den Vorrang hat, bedarf heute kaum noch einer Begründung. Neben vielen anderen hat sich auch Herr Reichstagspräsident Wallraf wiederholt für diese Anschauung eingesetzt — die Praxis des Hauses aber hat bisher geschwankt und ist nicht einheitlich gewesen. Deshalb erscheint es wünschenswert, den Streit darüber ein für allemal zu entscheiden, damit, ganz gleichgültig, ob die Regierung links, rechts oder in der Mitte steht, dieselbe Abstimmungsform gewahrt wird.

Wenn sodann die Regierung unter den Billigungs- und Vertrauensanträgen denjenigen bezeichnet, von dessen Annahme sie ihr Verbleiben im Amte abhängig macht, oder

Der Wojewode muß fort!

Die Ukraine kommt im Mai vor den Rat.

V. Sch. Genf, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Nachdem die Vorträge, die die Abrüstungskonferenz betreffen, heute in geheimer Ratssitzung gelöst worden sind, steht nur noch die Entscheidung über den wichtigsten Punkt der gegenwärtigen Session, über den ostbaltischen Konflikt aus. Es handelt sich jetzt lediglich darum, ob die Resolution, in der die Verletzung der Genfer Konvention durch die polnischen Behörden festgestellt wird, so scharf formuliert ist, daß Deutschland sie unter Bericht auf eine Enquete-Kommission akzeptieren kann. Wünschenswert und logisch zugleich wäre eine Resolution des Rates.

die die Abfertigung des Wojewoden Gracynski ausdrücklich verlangt.

Denn wenn der Rat die Verletzung der Minderheitenrechte konstatiert und tadelt, muß er auch konsequent weiter eine Aenderung des bestehenden polnischen Regierungssystems verlangen; die sichtbare Garantie dafür läge in der sofortigen Entfernung des schuldigen Wojewoden. Leider ist dies Ziel in dieser zugesprochenen Form nicht zu erreichen. Darüber muß man sich schon jetzt im klaren sein. Eine ausdrückliche Erwähnung Gracynskis würde der ausgleichenden Tradition des Rates widersprechen. So sehr man auch aus moralisch-politischen Gründen eine solche reichlich verdiente Demütigung des Pilsudski-Regimes wünschen mag, so wenig darf man sich über die Durchsetzbarkeit dieser Forderung irgendwelchen Illusionen hingeben. Wohl aber läßt sich diese logische Konsequenz in der Formulierung der Resolution derart umschreiben, daß die polnische Regierung moralisch verpflichtet wird, innerhalb einer kurzen Zeit den unvermeidlichen Entschluß zu fassen. Zur Zeit wird eben noch um diese Formulierung gerungen, und Dr. Curtius tut recht daran, gegen einen allzu platonischen Beschluß scharf zu kämpfen.

Im übrigen wird Polen mit der Erledigung der ostbaltischen Angelegenheit noch lange nicht über den Berg sein. Vielmehr kann man schon jetzt sagen, daß Józef Piłsudski viel schwarze Stunden auf der nächsten Sitzung des Rates im Mai bevorzugen als jenseits, die er gegenwärtig wegen der Gewalttaten Gracynskis und seiner kuffständischen in Ostbaltischen hier durchgemacht hat. Wie ich nämlich aus sicherster Quelle erfahre, wird Henderson noch vor dem Auseinandergehen des Rates darauf bestehen, daß

die ukrainischen Klagen auf die Tagesordnung vom Mai gestellt werden.

Einer sofortigen Behandlung der vorliegenden ukrainischen Petitionen stand die geschäftsordnungsmäßige Gepflogenheit des Rats-

lundes im Wege, daß der angeklagten Regierung eine Frist von zwei Monaten zu Gegenüberungen gelassen wird. Aber schon jetzt sollen acht Petitionen, darunter eine der ukrainischen Separation, die von zwei ukrainischen Abgeordneten persönlich hier überreicht wurde, für zulässig erklärt werden. Genau dem in Madrid festgelegten Verfahren wird das Komitee von drei Ratsmitgliedern zur Behandlung der Klagen und zur Berichterstattung an den Rat in Tätigkeit treten. Dieses Komitee wird aus Vertretern Englands, Norwegens und Italiens zusammengesetzt sein. Henderson wird den Vorsitz führen, und er beabsichtigt, seine zwei Kollegen einzuladen, wenn die Antwort Vorwärts vorliegt, um in einer besonderen Zusammenkunft in London im März oder April einen Bericht für die Genfer Ratstagung auszubereiten. Da die polnischen Greuel in der Ukraine einen unersichtlich brutalen und blutigen Charakter hätten als die in Ostbaltischen, da ferner auch ukrainische Abgeordnete in Brent-Litowik gemartert worden sind, dürfte die Erörterung dieses Kapitels für die Pilsudski-Clique viel peinlicher und für den Schutz der Minderheiten viel bedeutungsvoller sein als die Ereignisse in Ostbaltischen.

Der Kampf um die Garantien.

Genf, 23. Januar.

Der japanische Botschafter hat als Berichtersteller in den Minderheitenfragen der deutschen und der polnischen Abordnung einen Entwurf für die Entschlebung des Rates in der ostbaltischen Frage übermittelte. Der Entwurf, der zur Zeit von der deutschen Abordnung geprüft wird, bildet lediglich die erste Grundlage der Verhandlungen, die nach wie vor durch Vermittlung des Berichterstellers und des Vizebundessekretariats geführt werden. Mehrere Punkte des Entwurfs werden auf deutscher Seite als untragbar angesehen. Es besteht der Eindruck, daß sich der Hauptkampf um den vierten Punkt der deutschen Forderungen, die Garantien für die Zukunft durch Aenderung des Systems, abspielen wird. Es handelt sich hierbei um die Beziehungen zwischen dem kuffständischen-Verband und den polnischen Behörden sowie die Stellung des Wojewoden Gracynski als Vorsitzenden des kuffständischen-Verbandes. In diesen beiden Fragen wird auf deutscher Seite arundlegender Wandel der gegenwärtigen Lage gefordert. Der Gedanke eines internationalen Untersuchungsausschusses, der auf deutscher Seite im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen gefordert worden ist, stößt, wie zu erwarten war, auf polnischer Seite auf stärksten Widerstand.

Uebergang zur Tagesordnung verlangt, so ist zunächst erreicht, daß keine Gruppe einer klaren Entscheidung ausweichen kann. Jedermann weiß: dieser Antrag hält oder stürzt je nach dem Ausfall der Abstimmung die Regierung, jeder Abgeordnete muß sich dafür oder dagegen erklären, muß nachher das „Obium“ tragen, die Regierung gehalten zu haben, wenn er entsprechend stimmt. Die Regierung, und damit die bisherige Mehrheit des Hauses, kann aber dadurch auch alle nicht ernstgemeinten Anträge beiseite schieben, indem sie die Entscheidung bei den anderen herbeiführt, die vorher zur Abstimmung kommen.

Eine Entziehung des Hauses oder der Opposition ist damit nicht verbunden; denn jeder hat Gelegenheit, seine Stellung zu den verschiedenen Abstimmungen zu wählen. Er weiß auch vorher, daß diese Abstimmung die entscheidende ist. Im übrigen ist dieser Modus in den anderen großen Ländern mit parlamentarischer Regierungsform seit Jahrzehnten erprobt. In Frankreich zum Beispiel geht man diesen Weg noch weiter. Die Regierung stellt die Vertrauensfrage nicht nur bei dem Vorliegen entsprechender Anträge, sondern knüpft sie an die verschiedensten sachlichen Abstimmungsentscheidungen, wenn sie ihr wichtig genug erscheinen. Sie „stellt die Vertrauensfrage“ bei irgendeinem Etatstitel oder einem entscheidenden Paragraphen des zur Beratung stehenden Gesetzes. Auch von England haben wir erst dieser Tage gelesen, daß die Regierung eine negativ ausgefallene Abstimmung — entgegen der allgemein üblichen Gewohnheit — für nicht folgenschwer genug hielt, um daran Weiterungen wegen ihres Verbleibens zu knüpfen.

Ich glaube deshalb, daß auch bei uns diese beiden kurzen Zusätze zu den betreffenden Bestimmungen der Geschäftsordnung den Streit um die „rechtmäßige“ und „unrechtmäßige“, die „verfassungsmäßige“ und „verfassungswidrige“ Regierung austräumen könnten.

Ein weiterer Konfliktstoff droht zwischen Regierung und Reichstag aus der Behandlung von Interpellationen zu entstehen, deren Beantwortung die Regierung ablehnt, wenn sie sich nicht auf Fragen beschränken, sondern mit heftigen Kritiken, auch beleidigenden, gewürzt sind. Die nationalsozialistische Fraktion des Reichstags ist der Meinung, daß solche Kritiken und Beleidigungen sich nicht vermeiden lassen, wenn die Haltung der Regierung sie herausfordert. Die Regierung aber steht auf dem Standpunkt, daß sie sich nicht beleidigen zu lassen braucht, wenn sie um eine Auskunft gebeten wird. Ihre Weigerung, zu antworten, richtet sich dann gegen den Reichstag überhaupt und nicht gegen die Interpellanten allein. Da die bisherige Geschäftsordnung nur ungenügende Handhaben zur Vermeidung solcher Zusätze in Interpellationen gibt, wird auch hier eine neue Fassung der Geschäftsordnung erforderlich sein, die den Konflikt nicht erst zum Ausbruch kommen läßt. Anfragen müssen sich eben auf Anfragen beschränken. Urteile, Kritiken und Meinungen dagegen gehören in die Rede, aber nicht in die Fragen.

Wenn die Geschäftsordnung des Reichstags eine entsprechende Ergänzung erfährt, werden sich die wichtigsten Beratungen freizügiger und ordnungsgemäß durchführen lassen.

Maßnahmen zum Schutz des Parlaments.

Die kurzen Tagungen des Reichstags im Oktober und Dezember haben gezeigt, daß die bisherigen Bestimmungen über die Handhabung der Geschäftsordnung des Parlaments scharfer angewendet und auch in einigen Punkten ausgedehnt werden müssen. Diese Auffassung wird insbesondere auch durch die jüngsten Ereignisse in den Ausschüssen des Reichstags — Rechtsausschuss, Ausschuß für den Reichsausschuss und Haushaltsausschuss — bestätigt. Während sich früher in diesen Körperchaften, die nichtöffentlich tagen, eine ruhige und sachliche Arbeitsweise entwickelte, ist das heute bei dem rüden Ton der Nationalsozialisten kaum noch möglich. Alle Störungen in diesen Ausschüssen sind auf das Verhalten der Nationalsozialisten zurückzuführen, während die Kommunisten die Befehle der parlamentarischen Ordnung zu wahren durchaus bestrebt sind.

In den letzten Tagen haben Besprechungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum stattgefunden zur Klärung der Frage, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und seiner Organe sichergestellt werden kann. Die Besprechungen sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt. Es kann aber als ziemlich sicher angenommen werden, daß die schon früher viel erörterte Frage der Klärung der Geschäftsordnung jetzt einer schnelleren Klärung entgegengeführt und eine Mehrheit für Maßnahmen gefunden wird, deren einziges Ziel ist, das ungestörte Funktionieren des Parlaments zu sichern, indem der unflätige Ton, die Beschimpfungen und gewaltsamen Störungen unterbunden werden. Die parlamentarischen Rechte sollen nicht eingeschränkt, sondern vor den Gegnern des parlamentarischen Systems geschützt werden.

Das gilt auch für den Mißbrauch, der von den Nationalsozialisten mit der Immunität getrieben wird. Die Immunität dient nicht dem Schutze des einzelnen Abgeordneten vor der Verfolgung wegen strafbarer Handlungen, sondern dem Schutze der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Was die Nationalsozialisten gegenwärtig aber tun, das einfache Drauflosverleumdungen ihrer Gegner in der sicheren Gewißheit, dafür vier Jahre nicht zur Verantwortung gezogen werden zu können, ist der größte Verstoß gegen das Parlament selbst. Es muß deshalb erwartet werden, daß auch diesem Mißbrauch mit der Immunität so schnell wie möglich ein Ende bereitet wird.

Abrüstungskonferenz: Anfang 1932.

In Genf. — Keine Einigung über den Vorstoß.

Genf, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat beschloß, die Abrüstungskonferenz zum 2. Februar 1932 einzuberufen. Tagungsort der Konferenz soll Genf sein, unter dem Vorbehalt, daß die Erhebungen über die Fragen der Unterbringung und der Preise für die Delegationen bis zum Mai befriedigend geregelt sind. Den Präsidenten der Abrüstungskonferenz will der Völkerbundsrat während seiner Tagung im Mai bestimmen.

Brüning in Sachsen.

Die sächsischen Industriellen spielen Rebellion.

Chemnitz, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Der Reichskanzler war am Freitag, einer Einladung des Verbandes sächsischer Industrieller folgend, in Chemnitz. Vor dem Bahnhof wurde er von jugendlichen Schreibern aus dem Lager der Nazis und der Kommunisten mit Gebrüll empfangen.

Unter der Losung „Sachsen braucht Arbeit“ veranstaltete der Verband sächsischer Industrieller eine „Kostendebatte“, die durch Reden des Reichskanzlers und des sächsischen Ministerpräsidenten Schick ein besonderes Gepräge erhielt. Über der 2000köpfigen Versammlung lag von Anfang eine gereizte Stimmung, die sich nach jeder Rede steigerte und schließlich alle Schranken einer Versammlungsdisziplin durchbrach. Was sich abspielte, war ein kleiner Krieg, eine Rebellion gegen das Reich.

Der Verbandsvorsitzende Witte erklärte in seiner Begrüßungsansprache, daß es für die sächsischen Industriellen jetzt darauf ankomme, zu entscheiden,

ob sie ihren Existenzkampf gegen die bestehende Staatsgewalt oder mit ihr führen sollten.

Die sächsischen Industriellen forderten von den maßgebenden Instanzen des Staates und der Wirtschaft durchgreifende Hilfe und nicht Subventionen. Die Ausführungen wurden von den Zuhörern mit demonstrativem, langanhaltendem Beifall unterstrichen.

Der sächsische Ministerpräsident Schick führte aus, daß es sich bei der heutigen Kundgebung nicht um die Klagen eines einzelnen Berufsstandes, sondern um den Ruf eines Volkes handele, das seine Leiden bisher mit bewundernswerter Geduld getragen hätte. Sachsen sei mehr als alle übrigen Länder unter einem Notstand. Dabei habe Sachsen auch eine Grenzmark.

Das Hauptreferat über das Thema des Tages: „Sachsen braucht Arbeit“ hielt Geheimrat Dr. Klien, Ministerialdirektor im sächsischen Wirtschaftsministerium. Da er mit einem historischen Exkurs in die industrielle Vergangenheit Sachsens begann, wandte sich das Interesse sofort von ihm ab. Man spitzte erst wieder die Ohren, als er in die Gegenwart zurückkehrte und von den „unmöglichen Arbeitslosen infolge des verlorenen Krieges“ sprach. Zustimmung vernahm man auch seine Klage über die „hohen Steuern“, die dem Unternehmertum das Leben so sauer machen würden. Dann beschrieb der Referent Wege, die gegangen werden müßten, wobei er aber zuvor mit Nachdruck betonte, daß die Arbeitslosenversicherung nicht zu entbehren sei. Die Wege seien: Erleichterung der Tribuskassen, Milderung der Steuern und sonstigen Lasten, was von der Versammlung mit „Bravo“ quittiert wurde. Dann kam ein überraschender Tadel.

Der Redner beklagte, daß die Industriellen-Söhne nicht mehr so bescheiden lebten wie ihre Väter. Sie entfalteten im Gegensatz zu früheren Generationen einen Luxus, der sich nach außen und innen schädlich auswirkte. Das Ausland, das diesen Luxus sehr würde sich nicht zu einer Herabsetzung der Tribuskassen bereifunden, und im Innern sei es unmöglich, den Abbau der sozialen Lasten zu fördern, solange nicht der Luxus abgebaut würde.

Hier brach die Versammlung in laute Protestrufe aus, die sich zu einem Sturm steigerten, als Dr. Klien der Versammlung zurief: „Wer nicht gesundend wird, wird nicht erzogen!“ Ein kräftiges Pui war die Antwort. Erst nach minutenlangem Unruhe konnte Klien mit der beabsichtigten Erklärung fortfahren: „Wir sind an der Grenze des Gesundendens!“

Abschließend wandte sich Klien direkt an den Reichskanzler: „Ihr Besuch, Herr Reichskanzler, gibt uns die Zuversicht und das Vertrauen...“

Weiter kam der Redner nicht. Über den ganzen Saal ergoß sich ein tosendes Hohngelächter, so daß sich der Vortragsredner genötigt sah, die Versammlung zur Ordnung zu rufen.

Der Verband sächsischer Industrieller habe dem Reichskanzler das Ehrenwort gegeben, daß man ihn in Ruhe anhören werde und er bitte darum, dieses Versprechen zu respektieren. Nachdem erteilt

er dem Reichskanzler Brüning das Wort, der von einem Teil der Versammlung demonstrativ begrüßt wird.

Reichskanzler Brüning

erklärte eingangs, daß er es als seine Pflicht angesehen habe, nach seiner Ostlandreise das nächste Notstandsgebiet, den Freistaat Sachsen, aufzusuchen. Dann fuhr er fort: „Ich habe den Eindruck, daß hier das Wort Weltwirtschaftskrise nicht gern gehört wird. Das Wort Weltwirtschaftskrise und die Unterbrechung seiner Bedeutung für die Wirtschaft und Politik bedeutet keine Entschuldigung für die Wähler der Vergangenheit. Ich habe auf der Reise nach Chemnitz den stenographischen Wortlaut der Senatssitzung des Russolins vom 18. Dezember gelesen. Es ist mir dort ebenso wie in den Reden anderer Männer über die Finanz- und Wirtschaftspolitik ihrer Länder aufgefallen, daß eine gewisse Uebereinstimmung in den Begründungen zu den Forderungen der Städte festzustellen ist: Die Maßnahmen, die Italien z. B. ergriffen hat, entsprechen den deutschen Maßnahmen von einigen Monaten vorher.“

Nach diesem Seitenhieb auf die Nationalsozialisten fuhr Brüning fort: „In der Forderung nach der Revision der unerträglichen Tribuskassen hoffe ich das ganze deutsche Volk einig. Wir müssen die ungeheuren Fehler der vergangenen Jahre wieder gutmachen. Es wäre falsch, etwa die Hände in den Schoß zu legen und alles Heil von der unbedingt notwendigen Umstellung unserer außenpolitischen Lage zu erwarten, falsch auch, dieses erreichen zu wollen, wenn wir uns nicht wirtschaftlich und finanziell darauf rüsten. Diesen Fehler haben wir 1928 begangen. Wir müssen dahin kommen, daß sich die Selbstkosten der Industrie weiter senken, damit wir den Anschluß an den Weltmarkt rechtzeitig erreichen. Das gilt besonders für Sachsen, dessen Industrie ganz auf den Export eingestellt ist. Ich selbst sehe ein großes Unglück darin, daß in den letzten Jahren der selbständige Unternehmer immer mehr hinter die großen Konzerne zurückgetreten ist. (Vorganghaltender Beifall.)“

Ohne Frage ist das Tempo der Rationalisierung auf allen Gebieten bei uns und in anderen Ländern den Bedürfnissen vorausgeeilt, woraus sich außerordentliche Schwierigkeiten ergeben haben.

Zweifellos ist in erheblichem Umfang ein Teil der Wohlfahrtslasten auf dieses Tempo zurückzuführen, und wenn man den Saldo zieht, ist er im Endeffekt gewiß nicht günstig. All diese Hemmnisse verlangsamten zusammen mit dem außenpolitischen Druck die notwendige und unermeldbare Reformarbeit der Reichsregierung, mit der man sich natürlich nicht beilegt macht. Uns fehlen die Reformen zu einer großzügigen Steuerreform. Was vor vier Jahren noch mit einem Schlag möglich gewesen wäre, muß jetzt nach einheitlichem Plan für die Zukunft stufenweise durchgeführt werden.

In aller nächster Zeit wird ein Ausschuss zur Beratung der Reichsversicherungsreform zusammengetreten.

Man muß auch hier dazu kommen, daß mit den geringsten Mitteln etwas Produktives geleistet und Arbeitswilligkeit und -fähigkeit nicht gefährdet werden. Es sind in den letzten Jahren zu viel Gelegenheiten gemacht worden, bei denen man sich nicht das Beharrungsvermögen der Kosten überlegt hat. Wenn wir wirklich vorwärts wollen, müssen wir uns darüber klar sein, wie es um uns steht, daß man sich in Volk und Wirtschaft keiner Illusion hingeben, sonst muß noch einige Zeit der Rückschlag kommen. Die Krise zwingt überall die Staatsmänner, der Wirklichkeit rückwärtslos ins Auge zu schauen, die Wahrheit zu verkünden und von diesem festeren Fundament aus die Fundamentarbeit zu beginnen und nicht auf dem schwankenden Boden der Illusionen wie damals, als man noch glaubte, mit einigen Gesetzen die ganze Konstellation herumwerfen zu können. Damit muß Schluß gemacht werden, ebenso mit der Rücksicht auf die agitatorische Wirkung einer Maßnahme. Eine systematische Betrachtung der Dinge ist notwendig, beispielsweise muß jeder Schritt zum Schutze der Landwirtschaft in seiner Auswirkung auf die Industrie betrachtet werden.“

Am Schluß seiner Rede mahnte der Reichskanzler zur Einigkeit. Als er geendet hatte, wurde ihm entgegen den anfänglichen Erwartungen ein minutenlanges Beifall zuteil.

Oberschlesischer Separatismus?

Eine deutsch-nationale Behauptung.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht von angeblicher und gutunterrichteter ober-schlesischer Seite einen heftigen Angriff gegen die Führer des Zentrums und des katholischen Klerus, die in folgenden Behauptungen gipfelt:

„Um die Zeit der Reise des Reichskanzlers durch Deutsch-Oberschlesien fand in Gleiwitz eine geheimgehaltene Sitzung von Zentrumsführern statt; den Vorsitz führte Prälat Niska, Reichstagsabgeordneter und „Ungetrönter König von Schlesien“.“

Die in Frage stehenden Verhandlungen gingen davon aus, daß die wirtschaftlich-sozialen Zustände, die sich aus der willkürlichen Zerteilung Oberschlesiens in einen deutschen und polnischen Teil ergeben haben, immer unhaltbarer werden. Da die natürliche Lösung des ganzen Fragenkomplexes, die Rückgabe des polnisch gewordenen Teiles an Deutschland ebensowenig zu erreichen sei wie die freiwillige Abtretung Deutsch-Oberschlesiens an Polen, müßte eine andere Lösung angestrebt werden — die Vereinigung beider Teile zu einem selbständigen ober-schlesischen Staat.“

Es wird also behauptet, daß das Zentrum in Oberschlesien Separatismus betreibt. Hier scheint ein besonders raffinierter Versuch der nationalsozialistischen Agitation vorzuliegen, die innerpolitische Hege zu verstärken. Wir nehmen an, daß eine kräftige Klarstellung erfolgen wird.

Weimarer Grotesken.

Der Hitlerputsch als vaterländische Angelegenheit.

Als die thüringische Rechtsregierung ihr Amt antrat, veröffentlichte der Gauvorstand des Reichsbanners Gau Groß-Thüringen einen Aufruf unter der Überschrift: „Thüringen wird in Zukunft von einem Verfassungsminister regiert werden, der wegen Hochverrats zu 1½ Jahren Festung verurteilt wurde.“ Der Aufruf trug neben anderen die Unterschrift des Ministerialsekretärs Seese.

Fried ließ ein Disziplinarverfahren gegen Seele einleiten. Die Dienststrafkammer Weimar hat nun Seele zur Kürzung seines Dienstentkommens um ein Sechstel auf ein Jahr verurteilt.

In der Verhandlung verwies die Verteidigung auf die Rolle, die Fried beim Hitler-Putsch gespielt hat. Die Urteilsbegründung nahm darauf Bezug und erklärte, Fried habe damals „aus hohem vaterländischen Verantwortungsbewußtsein“ gehandelt.

Die Affenkomödie des Hitler-Putsches von 1923 und hohes vaterländisches Verantwortungsbewußtsein — wie reimt sich das das zusammen? Der Disziplinarichter von Weimar hat sich mit dieser Begründung nicht nur selbst verurteilt, er hat zugleich das Hohngelächter der ganzen Republik hervorgerufen.

Ein netter Richter übrigens, der in dieser Form ein verspätetes Bekenntnis zum Hitler-Putsch ablegt!

GR telegraphiert.

Kauf Hitler hat anlässlich der einjährigen Ministerstätigkeit von Staatsminister Dr. Fried in Weimar folgendes Telegramm an den Minister gerichtet:

„Aus Anlaß Ihrer nunmehr ein Jahr währenden Ministerstätigkeit drücke ich Ihnen namens der gesamten nationalsozialistischen Bewegung meinen tiefgefühlten Dank für Ihre Arbeit in der Vergangenheit, mein unbegrenztes Vertrauen zu Ihrem Werk in der Zukunft aus.“

Neues Wahlgesetz für Bayern.

München, 23. Januar.

Der Streit um das neue bayerische Wahlgesetz ist jetzt beigelegt worden. Am Freitag nahm der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages das neue Landeswahlgesetz an, nachdem unter den Parteien ein Kompromiß dahin zustande gekommen war, daß das System der Landesabgeordneten billig beiseite gelassen werde. Es werden demnach 128 Abgeordnete in 113 Stimmkreisen gewählt. Gegen das Gesetz in dieser neuen Fassung haben nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gestimmt.

Arbeitslosigkeit und Jugend.

Berufsbildungskurse als Ausweg.

Es gehört zu der Tragik unserer Krisenzeit, daß ein Teil der schulentlassenen Jugend keinen Arbeitsplatz findet und daß ein großer Teil jener Schulentlassenen, die zunächst in den Arbeitsprozeß eingereiht werden konnten, wieder aufs Klotter fliegt, sobald er die Lehre beendet hat. Die Gefahren dieses Vorganges liegen auf der Hand. Uebrig schon dauernde Arbeitslosigkeit auf den Erwachsenen einen Druck aus, der ihm gesellschaftsfeindlichen Einflüsterungen und feilscher Verwahrlosung zugänglich macht, um wieviel mehr muß sie den Halbwüchsligen ungünstig beeinflussen! Nicht von ungefähr ziehen gerade die radikalsten, gewalttätigen Parteien ihre Hauptrekruten aus den Reihen dieser Jugendlichen. Darüber hinaus unterminiert Arbeitslosigkeit gerade Arbeitskraft und Können des jungen Menschen.

In Erkenntnis dieser Tatsache und in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und des staatspolitisch denkenden Menschen zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört, beantragte feinerzeit unter Führung des Handelsministeriums die preussische Regierung die Einführung des neunten Schuljahres. Dieses neunte Schuljahr sollte sozusagen ein Stauden für jene Arbeitskraft sein, die im Augenblick im Wirtschaftsleben nicht beschäftigt werden kann, sollte zur geistigen und vor allem beruflichen Weiterbildung des jungen schulentlassenen Menschen angeleitet werden. Bei einer erheblichen Entlastung des Arbeitsmarktes sollte eine bessere Schulung der Arbeiterrekruten erreicht und zugleich die Jugend vor einer Verwahrlosung durch Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben.

Das neunte Schuljahr findet den Widerstand anderer Länder: die Gefahren des jetzigen Zustandes und die Verantwortung des Staates bleiben bestehen. Wie in dieser Situation verfahren? Das preussische Handelsministerium beabsichtigt, um wenigstens einen Teil der jugendlichen Erwerbslosen aus ihrer tragischen Lage zu befreien, Kurse zur beruflichen Bildung für jugendliche Erwerbslose einzurichten. Der Gedanke ist nicht neu. Einzelne Kommunen, darunter Berlin, haben bereits derartige Umschulungs- und Erwerbslosenkurse eingerichtet. Auch von privater Seite wurden, verschiedentlich mit Unterstützung der Kommunen, Versuche zu einer geistigen Weiterbildung jugendlicher Erwerbsloser gemacht. Die Erfolge waren nicht übel. Fast überall konnte man beobachten, daß unter den jugendlichen Menschen ohne Arbeit ein Bedürfnis nach derartigen Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten besteht. Es ist also zu begrüßen, wenn das preussische Handelsministerium diesen Gedanken aufgreift, um ihm durch staatliche Untermauerung eine weitere Basis zu geben.

Es ist nun die Frage, wie derartige von der Staatsregierung organisierte Kurse aufgezogen werden sollen. Nach den Erfahrungen des Handelsministeriums, die sich naturgemäß hauptsächlich auf die Berichte der ihr unterstellten Handels- und Berufsschulen stützen, kommt vor allem die Fortbildung im Beruf in Betracht. Das leuchtet ein, und es ist erfreulich, daß auch die geistige Fortbildung und die Festigung der staatspolitischen Gesinnung nicht außer Anschlag gelassen werden soll. Unter den Schulentlassenen wird sich zweifelsohne eine nicht geringe Anzahl finden, die, spät entwickelt oder besonders praktisch veranlagt, in diesen Kursen an der Hand der praktischen Arbeit mit Leichtigkeit nachholen, was sie in der Schule veräußert. Es ließe sich denken, daß diese Kurse zu einer Erweiterung des Geschäftsbereiches und zu einer Hebung des Allgemeinbewußtseins der Bildung führen, ein Ziel, das ja auch bei der Schaffung des neunten Schuljahres eine Rolle spielte. Am besten ist es wohl, wenn man innerhalb der Kurse der Initiative des einzelnen einen möglichst großen Spielraum läßt. Die Verbindung zwischen Kursleiter und Lehrer auf der einen und Kursteilnehmer auf der anderen Seite wird dadurch lebendig und es wird sich am besten auf diesem Wege ergeben, welche Normen später einmal zu schaffen sind.

Soll das Projekt des Handelsministeriums verwirklicht werden, ist seine finanzielle Sicherung die Voraussetzung. Wenn wir nicht unterrichtet sind, ist die Durchführung der Kurse zunächst in sieben Reichsbezirken (in Rheinland-Westfalen und Schlesien) beabsichtigt. Diese Einschränkung ist für den Anfang gut, eine Frage für sich allerdings, welche Bezirke vor allem berücksichtigt werden sollen. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung soll sich in der dankenswerten Erkenntnis, daß es sich hier wahrhaft um produktive Erwerbslosenunterstützung handelt, bereitwillig haben, gewisse Summen für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Es wird abzuwarten sein, ob diese Unterstützung hinreichend ist. Jedenfalls wäre es außerordentlich zu bedauern, wenn der Absicht des Handelsministeriums finanzielle Schwierigkeiten die freie Bahn verlegen würden.

Hakenkreuzstrolche verurteilt.

Zwei typische Lumpenproletarier.

Frankfurt a. M., 23. Januar. (Eigenbericht.)

Die beiden Rassistrolche Hahn und Ernst, die am Revolutionstage den Vorhängen der Sozialistischen Arbeiterjugend Hochfrankfurt, Ernst Langendorf, zu Boden warfen und durch Fußtritte ins Gesicht schwer verletzten, wurden am Freitag vom Frankfurter Schöffengericht zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bewährungsfrist wurde verweigert. Der Staatsanwalt hatte für beide Angeklagte fünf Monate Gefängnis beantragt.

Die Gerichtsverhandlung ergab ein typisches Bild des Rassistums. Der 23jährige Angeklagte Hahn war seit seinem Ausschleichen aus der Untertertia der Oberrealschule in Mannheim in Fürberggeziehung bzw. Kuffst, lernte Schlosser und ist erwerbslos. Der Angeklagte Ernst, 24jährig, ist ebenfalls aus der Untertertia einer Oberrealschule abgegangen, lernt noch das Schlosserhandwerk und ist bereits wiederholt wegen Diebstahls und tätlicher Beleidigungen mit Gefängnis bestraft. Auf derartige „Arbeiter“ kann diese „Arbeiterpartei“ stolz sein.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann am Freitag die Beratung des zweiten Abschnitts des Strafgesetzbuchs, der die strafbare Handlung umschreibt. Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Das Haus Rothschild hat dem Banco de Brasil einen Kredit von 6 500 000 Pfund Sterling eröffnet, für den die brasilianische Regierung die Garantie übernimmt.

In der nordbulgarischen Ortschaft Eigen versuchten kommunistische Bauern vor dem Hause des Bürgermeisters zu demonstrieren. Als sich ihnen Gewandern entgegenstellten, kam es zu einer heftigen Schießerei. Der Bürgermeister und ein Kommunist wurden getötet; ein Gendarm wurde schwer verwundet. Sämtliche Demonstrationen wurden verboten.

Canaris, der Unauffindbare.



Und immer, wenn die Ladung eintraf, flog der Canaris ein bißchen auf Dienstreife aus!

Die Lage der Reichsbahn.

Wenig günstig. — Die Gehälter der Direktoren.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung mit dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Nach einem einleitenden Vortrag des Referenten Dr. Quast (Dnat.) nahm

Genosse Hünlich

zu längeren Ausführungen das Wort. Er wies zunächst auf die Anomalie hin, daß der Reichsverkehrsminister zwar verantwortlich sei für die ganze Verkehrswirtschaft, daß er aber kaum Einfluß auf das bei weitem größte Verkehrsunternehmen Deutschlands, die Reichsbahn, besitze.

Der vorliegende Haushalt sei auch um deswillen für die Sozialdemokratie von so bedeutendem Interesse, weil sich in ihm große Summen für die Arbeitsbeschaffung finden.

Im Zusammenhang mit den gezahlten Gehältern und Löhnen fragte Genosse Hünlich, ob nun nicht endlich die Frage, welche Gehälter die Direktoren und hohen Angestellten der Reichsbahn beziehen, hergestellt werden könnte. Von einigen Seiten wurde gesagt, der Generaldirektor beziehe 67 000 Mark, andere erklärten, dies sei nur das Grundgehalt, dazu kämen noch große Summen wie 24 000 Mark Wohnungszuschlagung usw. Die Sozialdemokratie habe bereits einen Antrag gestellt, der klare Auskunft verlange; dieser sei auch angenommen, aber eine Antwort bis heute noch nicht erteilt worden. Er wüßte ferner zu wissen, wie groß die Entschädigungssummen für die Mitglieder des Verwaltungsrats seien, und ob auch bei allen hohen Beamten und Angestellten der Reichsbahn die Löhne wie bei allen anderen Beamtenkategorien vorgenommen werden.

Nachdem noch Redner anderer Fraktionen sich geäußert hatten, nahm der

Reichsverkehrsminister v. Guérard

das Wort, um auszuführen, daß er in seinem Ressort als erster und bisher einziger Minister eine besondere Haushaltsgruppe geschaffen habe. Diese Haushaltsgruppe unterliege ihm persönlich und sei unabhängig von allen anderen Abteilungen des Ressorts. Durch sie sollten möglichst Ersparungen erzielt und mit den bewilligten Mitteln der größte Nutzen und die größte Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Der Reichspostkommissar sei mit dieser neuen Organisation

durchaus einverstanden. Er bemühe sich auch sonst darum, die Dinge einheitlicher zu gestalten und zu zentralisieren. So seien durch ihn auf dem wichtigen Gebiete der Verkehrsverwaltung statt früher vier Stellen nur eine Stelle geschaffen worden.

Die Lage der Reichsbahn sei wenig günstig.

Das günstigste Vorkriegsjahr sei 1923 gewesen. Damals hätten die verschiedenen deutschen Bahnen an ihre Länder im ganzen eine Milliarde abliefern können. Heute sei die Reichsbahn vorbelastet mit der Reparationsabgabe von 600 Millionen, mit der Besoldungssteuer, die jedes Jahr schwante und in diesem Jahre mit 320 Millionen eingeseht sei, mit einer Dividendenabgabe für das Reich von 35 Millionen und mit zusätzlichen Pensionslasten für Uebernahme von Beamten usw. von 275 Millionen. Das heißt also bei einem verfeinerten Betriebe schon 300 Millionen mehr als bisher im günstigsten Friedensjahr. Dazu komme der Rückgang des Verkehrs, so daß es ihm bei dieser Sachlage kaum möglich sei, erhebliche Tarifierungen zu erzwingen.

Der Minister verortete sich dann in sehr detaillierten Ausführungen über den weiteren Ausbau der Reichsbahn Wasserstraßen und erklärte zum Schluß auf die Frage des Abg. Hünlich, er habe dem Vorsitzenden des Ausschusses der Reichsbahn, Herrn von Siemens, jetzt mitgeteilt,

daß er aus politischen Gründen sich an die Verantwortlichkeit nicht länger gebunden halten könne, unter der ihm genaue Mitteilungen über die Gehälter, sonstigen Bezüge usw. der hohen Beamten der Reichsbahn gemacht wurden.

Es würde nach Zusammenritt des Reichstags das Gremium zusammenberufen, das im Benehmen zwischen Reichsregierung und Reichsbahn eingeseht sei, und nach Beschluß dieses Gremiums dann der Öffentlichkeit auf die wiederholt an ihn gestellten Fragen genaue Auskunft geben. Die Diäten der Mitglieder des Verwaltungsrats seien auf 10 000 Mark festgesetzt.

Zum Schluß der allgemeinen Aussprache über den Haushalt nahm noch Genosse Scheffel das Wort und brachte zahlreiche und schwere Mißstände in den Arbeitsverhältnissen der Reichsbahnwertstätten zur Sprache.

Briand der ruhende Pol.

Auf der Ministerpräsidentensache in Paris.

Paris, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Der Präsident der Republik, Doumergue, hat am Freitag zahlreiche Persönlichkeiten empfangen, um sich über die durch die Regierungskrise geschaffene parlamentarische Lage und die Möglichkeiten ihrer Lösung unterrichten zu lassen. Der traditionelle Empfang der ersten Persönlichkeiten des französischen Parlaments im Elisee wird nicht vor Sonnabend beendet werden. Trotzdem war diese langatmige Zeremonie wohl selten so überflüssig wie diesmal; denn in den 40 Tagen der Regierungszeit Steegs hat sich an der parteipolitischen Konstellation nicht ein Haar geändert. Nach wie vor stehen sich in der Kammer zwei gleich starke Gruppen gegenüber, von denen jeweils die am Ruder stehende Gruppe durch die systematische Opposition der Kommunisten automatisch zu unterliegen droht. Das Experiment Steegs hat jedenfalls den Beweis erbracht, daß

eine Linksregierung in der Kammer genau so gut möglich ist wie eine Rechtsregierung

unter Lardieu. Dazu kommt, daß die am Donnerstag erfolgte Niederlage Steegs keineswegs eine politische Bedeutung hatte. Sie war ein Unfall, verschuldet durch die eigenmächtige und höchst unkorrekte Freistreiberpolitik des Landwirtschaftsministers Boret. Schon früher hatte Boret dem Minister-

präsidenten Clemenceau durch eine ebenso unvorsichtige Freipolitik am Weinmarkt den gleichen Streich gespielt. Auch damals weigerte er sich, freiwillig zu demissionieren. Clemenceau aber handelte weniger edelmütig an seinem unheimlichen Minister, als es am Donnerstag Steeg getan hat. Er ließ ihn vor der Kammer glatt fallen.

Wieder hat jetzt in den bürgerlichen Parteien das Schuldspiel begonnen, ob es nicht doch möglich sein sollte, die Große Koalition zwischen rechts und links zu verwirklichen, da die geheiligte Tradition in Frankreich das einzig wirkliche demokratische Mittel der Kammerauflösung zu verbieten scheint. Im Lager der radikalsten Partei ist man sich zwar der Gefahren der Bildung einer mehr oder minder nationalen Union auch unter Poincaré bewußt, denn in der am Freitag stattgefundenen Fraktionsitzung der Partei kam die Ansicht deutlich zum Ausdruck, daß die Niederlage Steegs nicht auch eine Niederlage der Linken bedeutet. Die Lardieu-Deute scheinen auch vom Experiment Steegs, das ihnen immerhin den Beweis hätte bringen müssen, daß ihre Unmacht in der Kammer nicht grenzenlos ist, nicht viel gelernt zu haben. Während Lardieu selbst in großer diplomatischer Bereitschaft eine leichte Grippe im Bett auskurieren, proklamieren seine getreuen Vertrauten, vor allem der einflussreiche Finanzminister Renaud, in zahllosen Zeitungsinterviews, daß Lardieu und nur Lardieu die Rettung bringen könne.

Die politischen Auguren endlich glauben voraussagen zu können, daß der Präsident der Republik versuchen wird, Laval oder Barthou, die beide im Dezember mit ihren Bemühungen gescheitert waren, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Allein die Tatsache, daß man trotz aller Mißerfolge doch immer wieder die alten Versuche wiederholen muß, zeigt, wie unnatürlich die Bartoppelung des bürgerlichen Fortschritts mit der antisozialistischen Reaktion sein müßte. Erwähnt sei schließlich noch, daß diesmal

selbst die wütendsten Reaktionskräfte nicht die Forderung zu erheben wagen, Briand aus seinem Amt als Leiter der französischen Außenpolitik zu entlassen.

Die Ursache, die Briand gerade dieser Lage in der Europakommission in Bezug darauf beigetragen hat, haben seine innenpolitische Stellung so sehr gestärkt, daß ihn niemand mehr anzufassen mag.

Wilhelm Störck: „Liebe — unmodern.“

Kleines Theater.

Der Operettenlibrettist Wilhelm Störck versucht — diesmal ohne Mißglück — für das Thema von der Angestellten, die sich den Chef fürs Leben tapert, Interesse zu wecken. Außer der Liebe ist aber auch das ganze Stück unmodern, und die drei Akte wären schrecklich lang, wenn nicht Olga Tschekowa den pikanten Reiz ihrer Persönlichkeit einsetzte.

Ein neugebafter „Vertrag“.

Wie sich die Konditoreninnung das Tarifrecht vorstellt.

Sehr plump, aber dafür desto unerschämter, versucht die Berliner Konditoreninnung den noch bis zum 30. Juni geltenden Lohnvertrag für das Konditoreipersonal „außer Kraft“ zu setzen. Sie „kündigt“ einfach den Vertrag zum 1. Januar und lud die Vertreter des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zu Verhandlungen über den „Neuabschluss“ des Vertrages ein.

Um die Wünsche der Herren Konditorenbesitzer einmal kennenzulernen, erschienen die Vertreter des Verbandes zu dieser „Tarifverhandlung“. Von den Vertretern der Innung wurde ihnen zunächst ein Lohnabbau von 21 Prozent offeriert, den man schließlich auf 14 Prozent „reduzierte“, was zum Beispiel bei den Konditorgehilfen einen Abbau der Spitzenlöhne um 8,50 Mark pro Woche bedeuten würde. Mit dem Hinweis auf das geltende Tarifrecht machten die Gewerkschaftsvertreter dieser ungenügenden Ausdrücke ein Ende.

Die Konditoreninnung versandte darauf an ihre Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Unsere Lohnkommission ist am zu dem Ergebnis gekommen, daß auch entsprechend dem Vorgehen und dem Ergebnis anderer Arbeitgeberverbände ein

Lohnabbau unbedingt erfolgen muß.

Als angemessener Lohnabbau wurden etwa 10 Prozent bezeichnet. Da offenbar etwaige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß bzw. Schlichter längere Zeit in Anspruch nehmen, hat die Lohnkommission weiter beschlossen, . . . die entsprechende Kürzung vorzunehmen. Um in dieser Hinsicht klare rechtliche Verhältnisse zu schaffen, ist folgendes . . . zu beachten:

Jedem einzelnen Angestellten ist unter Einhaltung einer Frist (gewerbliche Arbeitnehmer 7 Tage, kaufmännische 1 Monat) zu erklären, daß nach Ablauf dieser Frist die umstehend aufgeführten Löhne für die Zukunft gezahlt werden; Wenn irgend möglich, bitten wir, diese Mitteilung von sämtlichen Angestellten unterschreiben zu lassen, damit nachher nicht gesagt werden kann, daß dieser oder jener Angestellter von dieser Mitteilung keine Kenntnis erhalten hat.

Einige Proteste der Arbeitnehmer gegen den Lohnabbau sind bedeutungslos. . . .

Die neuen Löhne bitten wir ab 31. Januar 1931 zu zahlen.“

Auf der Rückseite dieses Rundschreibens ist die „Gebrauchsan-

weisung“ für den Lohnabbau gedruckt in Form des bisherigen Tarifvertrages, jedoch mit Lohnsätzen, die um etwa 10 Prozent niedriger sind als die zur Zeit bestehenden.

In der stark besuchten Versammlung des Konditoreipersonals, die der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zu Donnerstagabend einberufen hatte, löste die Mitteilung des Genossen Thieme über dieses rechtswidrige Vorgehen der Konditoreninnung helle Empörung aus. Genosse Thieme forderte die Versammelten auf,

jede Unterschrift unter das Lohnabbaukündigungsblatt zu verweigern,

auch unter dem Druck etwaiger Kündigungen. Sollten vielleicht bei der nächsten Lohnzahlung geringere Löhne ausbezahlt werden, dann muß die Empfangnahme des Lohnes nur unter Vorbehalt quittiert werden. Von allen betrieblichen Differenzen wegen der Entlohnung muß die Organisationsleitung sofort benachrichtigt werden, die alle weiteren Schritte unternehmen wird. Das Vorgehen der Innung muß mit der gleichen Einmütigkeit beantwortet werden, wie sie die Unternehmer an den Tag legen. Die Zeit bis zum Tarifablauf am 30. Juni muß zur reiflichen gewerkschaftlichen Erfassung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Konditoreien benutzt werden, denn die Unternehmer werden dann mit ihren Forderungen bestimmt wieder auf den Plan treten.

Wie sehr die Konditorenbesitzer das Licht der Öffentlichkeit scheuen,

zeigte am Donnerstag ihre Innungsvollversammlung. Als die Lohnabbauaktion behandelt werden sollte, wies ein Mitglied des Gewerkschaftsausschusses aus der Versammlung, um unter sich zu sein. Auch wegen dieses Verstoßes gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Innungsstatutes wird die Organisationsleitung die entsprechenden Schritte unternehmen.

Die im Anschluß an die Versammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter gezeigte Ausstellung von Erzeugnissen, die in den Garnierkuren des Verbandes gefertigt worden sind, zeigte vorzügliche handwerkliche Leistungen. Der Verband will diese Kurse zur sachlichen Schulung seiner Mitglieder weiter ausbauen und auch den arbeitslosen Mitgliedern die Teilnahme daran ermöglichen.

Der Lohnkampf der Buchbinder.

Geschlossenheit der Arbeiter bürgt für den Erfolg.

Ueber das bisherige Ergebnis der Tarifverhandlungen im Buchbindereigewerbe wurde Freitagabend in einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Bericht erstattet.

In der Zugsapierbranche, wo seit einiger Zeit kein Lohnvertrag besteht, war von den Unternehmern ein Abbau der Löhne um 10 Prozent gefordert worden. Mit den Stimmen der Unternehmer ist hier ein bindender Schiedspruch zustande gekommen, der die Löhne um 4 Proz. und die Akkorde um 6 Proz. reduziert.

Da die Parteiverhandlungen über den Neuabschluss des Reichslohntarifvertrages für die papierverarbeitende Industrie (Zugsapier) gescheitert waren, wurde am 21. und 22. Januar im Reichsarbeitsministerium weiter verhandelt. Die Unternehmer hielten auch hier zunächst an ihrer Forderung nach einem 15prozentigen Lohnabbau (!) fest. Die zweitägigen Verhandlungen endeten schließlich mit einer Vereinbarung, wonach die Tarifverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 4. Februar wieder aufgenommen werden sollen.

In den Schlichtungsverhandlungen für die Großbuchbindereien (WB-Betriebe), die Freitag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, ist eine ähnliche Vereinbarung getroffen, doch sollen hier die Verhandlungen am 6. Februar fortgesetzt werden. Auch von diesen Unternehmern war ein Lohnabbau von 15 Proz. gefordert worden. Die Verhandlungen für das Buchbindereigewerbe finden also zwei bzw. vier Tage nach den Verhandlungen für die Buchdrucker statt.

Nach einer längeren Aussprache, in der das Vorgehen der Unternehmer auf das schärfste verurteilt wurde, nahm die Versammlung fast einstimmig eine Entschlieung an, in der es nach der Ablehnung jeglichen Lohnabbaues ohne entsprechenden Preisabbau, zum Schluß heißt:

Die gewerkschaftlichen Funktionäre in den Betrieben werden verpflichtet, ihren Betriebsleitungen Mitteilung davon zu machen, daß sich die freigewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen einen Lohnabbau bei den derzeitigen Verhältnissen nicht gefallen lassen wollen.

Weiter erklären die Versammelten, daß es jetzt mehr als je notwendig ist, alle Spaltungsbestrebungen, auch die der A.O.D., mit allen Mitteln zu bekämpfen, weil nur eine einige, geschlossene Arbeiterschaft erfolgreiche Abwehr leisten kann.

Angestellte und Arbeiter sind eins!

Die Unternehmer führen den Beweis.

Die Unternehmer der Berliner Bekleidungsindustrie hatten den Manteltarif und das Gehaltsabkommen für Angestellte zum 31. Dezember 1930 gekündigt. In der Kleiderkonfektion werden qualifizierte Angestellte, wie Einrichter, Stenotypisten, Lagerverwalter, Lohnbuchhalter usw., mit monatlich 150 Mark entlohnt! Da in dieser Branche aber vorwiegend weibliche Angestellte beschäftigt werden, kommt den Unternehmern ein weiterer Gewinn von 10 Proz. zugute, da die weiblichen Kräfte nur 135 Mark Tarifgehalt zu beanspruchen haben. Trotz dieser Gehaltsgehälter verlangen die Unternehmer einen Abbau um 8 bis 10 Proz. Sie stellen dieses Verlangen, obwohl sie im Laufe des letzten Jahres die überatmosphärische Bezahlung rigoros abgebaut hatten, ohne in vielen Fällen die gesetzlichen Kündigungsfristen zu beachten.

Daneben gibt es noch eine Anzahl Firmen, die noch nicht einmal die Mindestbestimmungen des Tarifvertrages erfüllen. Diese tarifbrüchigen Firmen will der Arbeitgeberverband besonders belohnen, indem er eine Ausschlußfrist für Nachforderungen aus dem Tarifvertrage tariflich festlegen will!

Das Verlangen der Unternehmer nach tariflicher Regelung der Kurzarbeit für die Angestellten zeigt gleichfalls, wie „sozialdenkend“ diese Unternehmer sind. Während der Saison ist eine 12- bis 16stündige Arbeitszeit beinahe selbstver-

ständlich. Die Angestellten werden instruiert, den kontrollierenden Gewerbeaufsichtsbeamten unrichtige Angaben zu machen, und jagen sich diesem Verlangen, um nicht ihre Stellung zu verlieren. Für diese Betriebe Kurzarbeit einzuführen, würde bedeuten, den Angestellten nach Wochen höchster körperlicher und geistiger Anstrengungen auf halbe Ration zu setzen. Verschlechterungen der Urlaubsbestimmungen, Anrechnung von Krankheitstagen auf den Urlaub usw. vervollständigen das Lohnabbaukündigungsblatt der Bekleidungsindustriellen.

Die Damenwäsche- und Schürzenfabrikanten haben den Manteltarif für die Angestellten gleichfalls gekündigt, um Kurzarbeit vereinbaren zu können.

Die Schuh- und Lederwarenindustrie will neben der tariflichen Festsetzung der Kurzarbeit einen Abbau der Altersstufen haben, um so einen 30- bis 35prozentigen Gehaltsabbau durchführen zu können!

Die Pelzwarenfabrikanten haben das Gehaltsabkommen gekündigt; ihre Forderungen, die jetzt noch nicht bekannt sind, dürften sich von denen der jetzt üblichen nicht unterscheiden.

Der Textilgroßhandel darf natürlich auch nicht fehlen. Er hat seit Jahren seine „vornehmste“ Aufgabe darin gesehen, den Gehaltsaufbau zu verhindern und will jetzt anscheinend durch die Kündigung des Angestelltenarbeitsvertrages auch beim Abbau an der Spitze marschieren.

Ebenfalls gekündigt sind die Gehaltsverträge im Elektrogroßhandel und im Exporthandel. Auch hier liegen noch keine Forderungen der Unternehmer vor.

Den Angestellten soll es also jetzt ebenso an den Krügen gehen wie den Arbeitern. Für die Angestellten ergibt sich die Notwendigkeit, die Abwehrfront durch das Lohnabbauwütige Unternehmertum zu stärken durch ihren reiflichen freigewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Die niedrigsten Löhne noch zu hoch.

Generalkündigung im ober-schlesischen Erzbergbau.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Reichsarbeitsminister hat es abgelehnt, den Lohnschiedspruch für den ober-schlesischen Erzbergbau für verbindlich zu erklären. Die Löhne verschiedener Arbeitergruppen seien, wie in der Begründung ausgeführt wird, schon jetzt außerordentlich niedrig. Aus sozialpolitischen Gründen müsse der Antrag der Arbeitgeber, den Lohnschiedspruch für verbindlich zu erklären, abgelehnt werden.

Dazu wird aus Gleiwitz gemeldet: Auf Grund der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Arbeiter im ober-schlesischen Erzbergbau und des Schiedspruches über die Gehaltsregelung der Angestellten der Erzgruben, wird auf den drei ober-schlesischen Erzgruben morgen vormittag eine Bekanntmachung angeschlagen werden, in der es u. a. heißt:

„Da die Bemühungen des Arbeitgeberverbandes durch das Schlichtungsverfahren zu einer Neuregelung der Arbeitsbedingungen zu kommen, gescheitert sind, sehen wir uns genötigt, der gesamten Belegschaft zum 7. Februar d. J. zu kündigen. Die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, ab 3. Februar d. J. neue Arbeitsverträge abzuschließen, werden wir nach vorheriger Prüfungnahme mit dem Arbeiterrat in den nächsten Tagen durch Anschlag bekanntgeben!“

Der Reichsarbeitsminister hat es sich in den Kopf gesetzt, durch den Abbau der Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten die „Wirtschaft anzukurbeln“. Das Resultat — Mitte Januar dreihundert Millionen Arbeitslose — ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Den Unternehmern genügt das aber noch nicht. Der Kladderadabusch muß noch viel größer sein.

Tagung des IOB.

Zürich, 23. Januar. (Eigenbericht.)

Am Freitag trat in Zürich unter dem Vorsitz von Cirine der Vorstand der Gewerkschaftsinternationale zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Der Vorstand beschloß in Erledigung eines Schreibens der Transportarbeiter-Internationale, für

die Zusammenfassung der antifaschistischen Arbeit in diesen Tagen zu sorgen. Gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale soll eine fröhliche Aktion zur Beeinflussung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes geführt werden. Nach einer Erörterung der jüngsten Ereignisse in Lateinamerika wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Wiedererstarken der Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern Möglichkeiten für die Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches des IOB. schafft.

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die in der Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien und Griechenland bestehen, wurde das Sekretariat mit der Durchführung einer Untersuchung betraut, nach deren Abschluß eine gewerkschaftliche Balkankonferenz abgehalten werden soll. Dann wurde die Lage in Spanien erörtert und die Abfassung eines Sympathie-Telegramms an die spanische Gewerkschaftszentrale beschlossen. Auf Antrag Jouhaux wurde schließlich noch eine Protestresolution gegen den Terror in Polen beschlossen. Die nächste Ausschusssitzung des IOB. wird vom 27. bis 30. April in Madrid stattfinden.

Reichshilfe für die Knappschaff.

Endgültige Regelung vorbehalten.

Zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, in die die Arbeiterpensionskasse im Bergbau wegen des Ausfalls bei den Einnahmen und des Rückganges in der Belegschaft geraten ist, erhält diese Kasse für Februar und März aus Reichsmitteln je 3 Millionen Mark. In den letzten Monaten hat die Reichsknappschaff aus eigener Entschlieung die Pensionen um rund 10 Proz. gekürzt. Die Ordnung der Verhältnisse für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr 1931 bleibt einstweilen vorbehalten.

Der Lohnabbau.

Zwischen den Tarifparteien der Textilindustrie des Gladbacher-Rheinlauer Bezirks kam nach langen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande, nach der ein Lohnabbau von 5,8 Proz. eintritt. Das Abkommen läuft bis zum 15. August 1931.

In den Ruhrverhandlungen zu dem Schiedspruch für die feuerfeste Industrie Kölns, der einen Lohnabbau von 6 Proz. brachte, sind die Tarifparteien übereingekommen, von der nächsten Lohnwoche des laufenden Monats ab die Löhne um 5 Proz. und vom 1. März ab um ein weiteres Prozent zu senken.

In der Dürener Metallindustrie haben sich die Tarifparteien vor dem Schlichter für das Rheinland dahin geeinigt, daß die Handwerkerlöhne von 78 bzw. 81 auf 74 bzw. 72 Pf. herabgesetzt werden. Das entspricht einem Abbau von 5 Proz. Der Schiedspruch für die badische Papierindustrie wurde vom Landesschiedsrichter für verbindlich erklärt.

Essen, 23. Januar.

Die Schlichterkammer fällt einen Schiedspruch, der die Gehälter der technischen und kaufmännischen Grubenbeamten im Ruhrbergbau vom 1. Januar 1931 ab um 6 Proz. kürzt. Die neuen Gehaltsabkommen sollen bis zum 30. Juni 1931 laufen.

Bergedorf, 23. Januar.

Durch den Schlichtungsausschuß Hamburg-Altona wurde gestern ein Schiedspruch gefällt, durch den sich die zur Zeit in der Bergedorfer Eisenindustrie gültigen tariflichen Grundlöhne und Akkorddurchschnitte um 6 Proz. ermäßigen. Diese Regelung gilt vom 1. Februar bis 30. Juni d. J.

Rücksicht auf die Arbeitslosen!

Arbeitslose kaufmännische Angestellte beschwerten sich über Mißstände in der Zahlstelle Kleine Alexanderstr. 19. Der Raum ist zur Auszahlung zu klein, die Zusammenbrängung vieler Menschen darin durchaus unhygienisch, zumal bei dem längeren Warten auf die Abfertigung. Befragt wird, daß man in der üblichen Atmosphäre zunächst einmal eine Dreiviertelstunde auf den Zahlbogen warten muß, ebensolange, bis man den Zahlbogen quittieren kann, und noch einmal eine Dreiviertelstunde bis zur Auszahlung.

Die Stimmung der Arbeitslosen wird durch langes Warten in überfüllten Räumen nicht gehoben und macht sich nur zu leicht gegen die Angestellten Luft, die an den Wängeln keine Schuld haben. Löst sich durch bessere Einteilung der Auszahlungen Abhilfe schaffen, dann ist es schon der Mühe wert, sie vorzunehmen.

Bergarbeiterlöhne bleiben ungekürzt.

Schiedspruch in Ost-Oberschlesien.

Der Schlichtungsausschuß Kattowitz verhandelte über das Lohnabkommen in Ost-Oberschlesien. Die Unternehmer hatten eine Lohnkürzung von 10 Proz. gefordert, die Arbeiter dagegen eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz.

Nach halbtägiger Beratung fällt der Schlichtungsausschuß den Schiedspruch, daß die Löhne in derselben Höhe wie bisher bis zum 31. Januar 1931 Gültigkeit haben.

Der Weberstreik in Lancashire.

London, 23. Januar.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Kampf in der Spinnereindustrie sich verschärfen wird. Soweit man bisher den Verlauf der Abstimmung der Arbeiter über die Einführung des „Rehrweber-System“ verfolgen konnte, sind in vielen Bezirken die Arbeiter nach wie vor gegen das System. Das genaue Ergebnis der Abstimmung liegt noch nicht vor.

Der Streik bei der Firma Wilhelm Ciesegang in Reinsdorf ist durch Verhandlungen mit dem Gesamtverband beigelegt worden. Die Wiederaufnahme ist gestern teilweise erfolgt; die noch nicht eingestellten Arbeiter sollen in den nächsten Tagen von der Firma zur Arbeitsaufnahme angefordert werden.

IOB.-Geldarbeiter, Brief Südwester, Versammlung Sonntag, 10 Uhr, bei Schulz, Marienfelder Str. 5. — Besitzt Office 1, Sonntag, 10 Uhr, Versammlung im Hotel Kronberg, Paul-Linart-Str. 49.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Westeren-Kursus am 19. Uhr im Schauspielhaus der Berliner Gewerkschaftshalle, Einlaß 24-25. — Sühndia: 194 Uhr im Jannendri im Tempelower Straße 26. Kreisferien: „Geschichte der freien Gewerkschaften“. — Jugendausstellung der Volkshäuser modern. Sonntag, 15 Uhr. Karten sind nicht mehr erhältlich. — Morgen, Sonntag, Sühndreis und Osteria: 10 Uhr Besichtigung der Bundesstraße des IOB., Bernau bei Berlin. Treffen der Gruppen 9 Uhr Bahnhof Bernau.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Gerner; Mitbest.: G. Klingelbecker; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleiner; Redaktion: A. B. Fischer; Berlin und Leipzig: Felix Kaestli; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: Zentral-Verlag Berlin; Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Zentral-Verlag Berlin; und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 64, Lindenstraße 3. Seite 2 Beilage.

Verhaftung im Neuköllner Mordfall. Schauspielerei in Neukölln ermittelt / Mördersuche geht weiter.

Gestern nachmittag konnte der 23jährige Schauspieler Weise aus der Alterstraße in Neukölln, der von der Polizei als wichtiger Zeuge in Folge der Ermordung des Geschäftsführers Schmoller im Mercedes-Palast seit Tagen gesucht wird, in einem Lokal in Neukölln durch Beamte der Mordkommission festgenommen werden. Weise wurde zu seiner Vernehmung nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Wie bereits berichtet, hatte Weise mit dem ermordeten Schmoller am Abend eine heftige Auseinandersetzung. Nach Zeugenaussagen war er auch der letzte, der vor der geheimnisvollen Mordtat mit Schmoller gesprochen hatte.

Weise war in den Verdacht der Täterschaft geraten, weil er anderen gegenüber geäußert hatte, daß er Schmoller noch einmal „eins auswichen“ werde.

Seit Dienstagabend war Weise nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt, und zunächst gelang es auch nicht, seinen Aufenthalt zu ermitteln. Gestern nachmittag meldete sich nun Weise telefonisch bei der Mordkommission im Polizeipräsidium und fragte, was man eigentlich von ihm wolle. Als er von Kommissar Johannes Müller aufgefordert wurde, zu seiner Vernehmung im Präsidium zu erscheinen, weigerte er sich und hängte den Hörer wieder auf. Es gelang der Polizei sehr bald festzustellen, von wo der Anruf geführt worden war, und schon kurze Zeit danach konnte der Gesuchte in einem Lokal in Neukölln ermittelt werden. Weise, ein kleiner, schwächlicher Mensch, wird ohnehin wegen Diebstahls und Betruges gesucht, und es ist sehr leicht möglich, daß er aus diesem Grunde der Polizei geflüchtet aus dem Wege gegangen ist. Schwere Verdächtigungen waren auch gegen den Kinovorführer B. erhoben worden, der früher einmal im Mercedes-Palast angestellt war, dann aber mit der Direktion Krach bekam und fristlos entlassen wurde. Die eingehenden polizeilichen Nachforschungen haben nichts Befriedigendes ergeben, und wie hierzu ausdrücklich mitgeteilt wird, steht der Beschuldigte völlig rehabilitiert da. Außer-

dem wird noch verschiedenen anderen Spuren nachgegangen. Leider war es bisher noch nicht möglich, den Fremden, der angeblich an dem Mordabend das Kino durch einen Notausgang verließ und mit größerer Wahrscheinlichkeit als Täter in Frage kommt, zu ermitteln. Nach diesem Manne wird weiter gefahndet.

Der Mord an dem Ahtzigjährigen.

Die Mordtat an dem 80jährigen Kaufmann Jakob Freudenheim ist ebenfalls noch in Dunkel gehüllt. Die Feststellungen der Mordkommission haben ergeben, daß der Bekanntenkreis des alten Mannes doch bei weitem größer war, als es zuerst den Anschein hatte. So war Freudenheim ein ständiger Besucher der Pfandkammer. Er unterhielt sich dort häufig mit allen möglichen Leuten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er hier jemand kennen gelernt hat, den er aus einem noch unbekanntem Grunde in seine Wohnung gebeten hat. An schönen Tagen ging der alte Mann auch häufig in den Friedrichshain, wo er mit wildfremden Passanten Gespräche anknüpfte. Der Kreis, der auch oft ein kindliches Wesen zur Schau trug, hatte unter anderem die Angewohnheit, alle möglichen Dinge zu kaufen, für die er gar keine Verwendung hatte, und bei dieser Gelegenheit erzählte er mehrfach von seinen Ersparnissen. Leider ist die Beschreibung von dem jungen Manne, der mit dem Ermordeten einige Stunden vor der Tat im Hausflur gesehen worden war, sehr ungenau. Der bestialische Mord ist, wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt, offenbar mit einem steiltartigen Messer ausgeführt worden. Man neigt jetzt zu der Annahme, daß der Täter, als er in der Wohnung weilt und die Ersparnisse des Greises in Höhe von 500 Mark im Schreibtisch liegen sah, auf dem Tisch in der Obstküche ein Obstmesser ergriff, spontan danach griff und den alten Mann, der wenig Widerstand leisten konnte, niederstach. Das Publikum wird nochmals gebeten, alle Beobachtungen, wenn sie auch noch so unwichtig erscheinen, der Mordkommission Bernburg-Quos, Polizeipräsidium, Zimmer 81, anzugeben.

Wieder eine Gaalschlacht.

Nazis und Kommunisten prügeln sich in Niederschönhausen.

In das Restaurant von Kuh in der Berliner Straße zu Niederschönhausen hatten gestern Abend die Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der auch eine größere Anzahl Kommunisten erschienen war. Bald nach Beginn kam es zu Zusammenstößen. Der Tumult fand seinen Höhepunkt, als die Hakenkreuzler mit abgebrochenen Stuhlbeinen und anderen Hiebwerkzeugen über die kommunistischen Gegner herfielen. Die zu Hilfe gerufene Polizei hatte große Mühe, dem Tumult ein Ende zu bereiten. Sieben Personen hatten leichte Verletzungen erlitten, einer der Versammlungsteilnehmer mußte ins Reinickendorfer Krankenhaus gebracht werden. Insgesamt wurden 47 Personen festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht. Da sich in der Umgebung des Versammlungsorts noch mehrmals Ansammlungen bildeten, mußte die Polizei auch hier mehrfach eingreifen.

Schießwütiger Nazi in Spandau.

In Spandau, an der Ecke Charlotten- und Potsdamer Straße, kam es gestern zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Passanten. Von einem Hakenkreuzler wurde ein Schuß abgefeuert, durch den glücklicherweise niemand verletzt wurde. Von dem herbeigeeilten Ueberfallkommando konnten die Streitenden auseinandergebracht werden. Zwei Nationalsozialisten, unter denen der Revolverkühne vermutet wird, sind festgenommen und der Politischen Polizei übergeben worden.

In der Goldgrube begraben.

Acht Menschen getötet; hundert verletzt.

Madras (Britisch-Indien), 23. Januar.

In der Goldgrube von Kuldä stürzte ein Felsen ab und begrub viele Arbeiter unter sich. Acht Menschen wurden getötet und hundert verletzt. Drei Russen werden vermißt.

Arbeiter zu Tode gequetscht.

Entsetzlicher Unglücksfall in Wannsee.

Auf schreckliche Weise ist gestern nachmittag der 35jährige Arbeiter Erich Leppien aus der Berlinstraße 6 in Steglitz ums Leben gekommen. Leppien fuhr als Begleiter auf dem Anhängewagen eines Kohlenlastenzuges. Als das Gefährt die Kleine Seestraße in Wannsee passierte, wollte Leppien abspringen. Dabei geriet er so unglücklich zwischen die Seitenwand des Anhängers und einen Baum, daß er zu Tode gequetscht wurde.

Gefängnis für den Menschenjäger.

Der Razihsühe mit dem Jagdgewehr.

Das Schöffengericht Wedding verurteilte den SA-Führer Springklub, der in der Nacht vom 13. auf den 14. September vorigen Jahres bei einem kommunistischen Ueberfall in Wittenau aus einem Jagdgewehr den völlig unbeteiligten vierzigjährigen Schauspieler Sohl erschoss, wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit unbefugtem Waffenbesitz zu neun Monaten Gefängnis. Nach Verbüßung von vier Monaten der Strafe soll ihm für den Rest Bewährungsfrist zugebilligt werden.

Dieser Menschenjäger kann von Glück sprechen. Das Urteil gegen ihn ist sehr mild ausgefallen. Allerdings konnte Staatsanwalt Stehnick, der Anklagevertreter in dem Königinlaker Prozeß, zugunsten des Angeklagten anführen, daß die Beweisaufnahme in-

Das Verlangen nach Sühne.

Rästel um den Tod eines Mädchens.

Das Spandauer Schöffengericht verurteilte den 23jährigen Kaufmann W., der sich im August vorigen Jahres bei der Stettiner Polizei gestellt und bezeugt hatte, im Anfang 1926 die achtzehnjährige Hausangestellte Gertrud N. auf ihren Wunsch hin in die Havel gestochen zu haben, wegen Tötung auf Verlangen zur Mindeststrafe von drei Jahren Gefängnis.

Das Gericht hat der Selbstbeichtigung des 23jährigen Angeklagten Glauben geschenkt. Sein beharrliches Bestreiten vor Gericht hat ihm nicht geholfen. Trotz aller Ermahnungen des Vorsitzenden, endlich doch die Wahrheit zu sagen, trotz der verlesenen Protokolle, deren Einzelheiten von dem Angeklagten unmöglich aus den Fingern gelassen sein konnten, beugnete er sich nicht zu einem Geständnis. Der Eindruck, den der Stettiner Kriminalkommissar, der Berliner Kriminalinspektor Gennat und der psychiatrische Sachverständige Dr. Frommer von den Selbstbeichtigungen des Angeklagten hatten, wurden für das Gericht mit ausschlaggebend. Dr. Frommer hielt es für möglich, daß der willensschwache und leicht beeinflussbare junge Mensch sich dem stärkeren Willen des jungen Mädchens untergeordnet hat. Um 2 Uhr hatte sie zum erstenmal ihren Entschluß, aus dem Leben zu gehen, kundgegeben, bereits um 10 Uhr abends sollte der Doppelselbstmord an der Havel vollbracht werden. Nachdem der Neunzehnjährige aber die Aht-

zehnjährige in den Fluß gestoßen hatte, fand er nicht den Mut, auch selbst ins Wasser zu gehen. Von den Zeugen erfuhr man auch die mutmaßlichen Motive des jungen Mädchens, aus dem Leben zu scheiden. Ihre Herrschaft, die Gräfin, hatte mit der Gertrud, ihrer Hausangestellten, eine Auseinandersetzung wegen ihres späten Nachhauetommens; sie schickte sie zum Vater, damit dieser sie ausschimpfe; das junge Mädchen fürchtete aber, wie üblich, geschlagen zu werden.

Die Gründe für die Selbstbeichtigung, den späteren Widerruf, die neue Selbstbeichtigung und nachmaligen Widerruf des jungen Kaufmanns finden aber eine eindeutige Erklärung; er wollte endlich zur Ruhe kommen, sein Gewissen plagte ihn, deshalb stellte er sich der Polizei. Als er aber erfuhr, daß die Mindeststrafe für Tötung auf Verlangen drei Jahre ist, reute es ihn, daß er das Geständnis von der Tat abgelegt hatte. Die Monate der Unternehmungslust bedeuteten für ihn einen steten Kampf zwischen dem Wunsch nach Sühne und Befreiung von seiner Tat und der Angst vor der Strafe. Allerdings drei Jahre Gefängnis als Mindeststrafe für Tötung auf Verlangen ist ein psychologischer Unfinn. Für Totschlag ist die Mindeststrafe drei Monate Gefängnis.

Filmvortragsabend des „Sturmoozel“. Der Flugverband „Sturmoozel“ veranstaltet am Dienstag, dem 27. Januar, 10.45 Uhr, in der Aula der Walter-Rathenow-Schule, Neukölln, Boddinstraße, einen Filmvortragsabend. Ueber das Thema „Weltluftfahrt 1931“ spricht Adolf Holzappel. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf.

Advertisement for 'Unternehmer' magazine, featuring the names 'W. Soemann' and 'C. Wöhle'.

Auch Franz zeigte starkes Interesse. Sobald die Unterrichtsstunden aus waren, riefte er an, um sich vom Fortschreiten der Arbeiten zu überzeugen und, wo es nötig war, nach Möglichkeit mitzuhelfen. In Wirklichkeit trieb ihn das Bestreben, dem Vater zu zeigen, daß seine Kalkulationen bis aufs Haar stimmten.

Jetzt, wo wieder die Maschinen freischien, die Leimtöpfe rauchten, der Duft frischgeschmittenen Holzes die Säle durchzog, herrschte eine viel bessere Atmosphäre im Betrieb.

Die Witwe in ihrem Verfall hatte nicht mehr nötig, so oft die Hand vor den Mund zu halten und aus Langerweile die Fliegen zu zählen.

Sogar Sandow, der alle Seefahrer, der in seinem Glaskasten sah wie ein Kapitän in seinem Kartenhaus, hatte alles Gift und alle Brummigkeit verloren und gebrauchte seine Augen zum Sehen und nicht nur zum Zukneifen. Der Maschinenlärm klang ihm wie das Rauschen der Ankerspül beim Hochwinden. Nicht zu verkennen, es sah wirklich so aus, als ob der Zehntausendtonnenkasten Ludwig Eisermann, Möbel-fabrik, in kürzester Zeit wieder in See stechen würde. Drei Hurra also für den Reeder!

Er hatte sie wirklich verdient. Am Ende der zweiten Woche standen die acht Musterzimmer in Reih und Glied. Am glücklichsten war Franz. Wie ein Indianer tanzte er umher.

„Nicht wahr, Vater, meine Kalkulationen haben gestimmt?“

Anerkennend klopfte ihm Ludwig auf die Schulter: „Bis auf die letzte Schraube, mein Junge!“

Schnell wurden die Zimmer poliert und photographiert. Noch am gleichen Tage wanderten die ersten Abzüge auf die Redaktionen der einschlägigen Fachblätter.

Große lobende Hinweise erschienen. Die Firma Ludwig Eisermann hatte wieder etwas Zeitgemäßes und durchaus Neues auf den Markt gebracht.

Jetzt hieß es sich rühren! Ludwig engagierte in aller Eile ein halbes Dutzend Stadtvertreter und fuhr dann selber in die Provinz, um seine Ware abzulehen.

Beinahe heimlich fuhr er. Kein Mensch war zum Abschied am Bahnhof als Franz.

Ludwig markierte Zuverlässigkeit: „Sei auf dem Posten, Junge, und halte die Ohren steif!“ Franz nickte hochroten Kopfs.

Er entschwand den Augen seines Vaters immer mehr. Bald stand er nur noch wie ein dünnes Bündelholz in die riesigen, zurückweichenden Bahnhofshalle.

In Köln erwarteten ihn die ersten Depeschen. Franz telegraphierte, die Muster gestielen, es seien bereits so viele Aufträge eingebracht, daß die derzeitige Belegschaft die Arbeit nicht bewältigen könne. Direktivlos! Schnell!

Ludwig lachte, sein Stern ging also doch wieder auf! Die geheime Angst, die ihn unterwegs im Schnellzug nicht zur Ruhe hatte kommen lassen, schwand. Zuversichtlich dröhete er zurück: „Handle nach Gutdünken! Stelle Leute ein! Arbeite, wenn möglich, auf Vorrat!“

Froh wie noch nie ging er zum Hotel zurück, um sich, ehe er die Arbeit ausnahm, erst mal ordentlich auszuschlafen.

Am nächsten Tage besichtigte er die Stadt, riß die Augen auf, daß es außer Berlin auch noch andere Städte gab, die sich sehen lassen konnten, und machte dann, als er einen ungefähren Ueberblick gewonnen hatte, seine erste Bekanntschaft mit einem Händler des Ortes.

Fast war es noch ein Stottern, was er vorbrachte. Er hatte geglaubt, der Name seiner Firma sei auch hier am Plage so bekannt, daß man ihn mit offenen Armen aufnehmen würde.

Ludwig Eisermann, Möbel-fabrik, Berlin? Der Händler schüttelte abweisend den Kopf. Nein, der Name war ihm vollkommen unbekannt.

Ludwig wurde dadurch so befangen und unsicher im Angebot seiner Kollektion, daß man ihn schließlich achselzuckend stehen ließ.

Es ging ihm so wie am Anfang seiner Laufbahn als Meister, wo er wehrlos vor dem chinesischesichtigen buckligen Angestellten Hundstötters zurückgewichen war. Ka, später hatte er dem Kerlchen doch gezeigt, was eine Harke war.

So auch hier. Er ließ einfach nicht nach, ließ trotz allen

Abweisungen von Geschäft zu Geschäft, anpreisend und anpreisend und den Leuten klar machend, daß es nur eine Sorte Qualitätsmöbel gebe, die für sie in Betracht käme: die der Fabrik Ludwig Eisermann!

Nach vierzehn Tagen war sein Erfolg gesichert. Er verstand es jetzt vortüglich, die verschiedenen Händlertypen zu erfassen und ihnen mit einer unglaublichen Zähigkeit seine Ware aufzubürden.

Nach einer weiteren Woche sandte er Tag um Tag telegraphisch Aufträge nach Berlin.

Jetzt war sein Ehrgeiz, sich selber zu übertreffen.

Er graste ganz Köln ab, lief zu den Händlern zurück, die ihn ursprünglich abgewiesen hatten und löderte selbst die Hartgesottentsten durch Spezialkniffe, die er sich ausgedacht hatte, Zahlungserleichterungen, langes Ziel usw. Seine Hartnäckigkeit lohnte sich. Als vier Wochen um waren, hatte er nahezu hundert Zimmer verkauft. Was aber viel wichtiger war, er wußte jetzt ganz genau, was der Markt brauchte. Sorgfältig hatte er sich die Wünsche und Anregungen der neuen Kundschaft notiert. Er wollte alles daran setzen, seine Abnehmer zufrieden zu stellen. Sie sollten Dauerkunden werden. Sobald er von seiner Tour zurück war, wollte er dreißig neue Musterzimmer anfertigen lassen. Die Ideen dazu hatte er schon fix und fertig im Kopf. Etwas ganz Apartes! Die Konkurrenz sollte plätzen, wenn sie die neuen Modelle sah. Selbst Franz, der doch ein ganz tüchtiger Junge war, würde staunen über seine Zukunftspläne. Und Sandow gar, der ewige Nörgler und Zweifler! Dem sollten so die Augen quellen, daß er sich aus seinem Glaskasten nicht mehr herausfand!

Weiter fuhr er, den Rhein hinauf, bis nach Konstanz.

Die alten Städte, die es so trefflich verstanden, trotz aller Traditionslast mit dem Zug der Zeit mitzugehen, taten es ihm besonders an.

Er bewunderte und machte Geschäfte dazu.

Wie eine Luxusfahrt kam ihm das alles vor.

Ein Märchen öffnete sich seinen Augen die bisher nur das raube, graue Berlin gewohnt gewesen waren.

Die Welt war groß, war schön, wert, daß man sie eintrant in vollen Zügen.

Jetzt sah er selber: Berlin war nicht die Stadt der Städte allein. Berlin war nicht Deutschland. Deutschland war größer, Deutschland war unbeschwerter, Deutschland war bunter.

(Fortsetzung folgt.)

sofern ein anderes Bild ergeben habe, als die Kommunisten sich auch während der Abgabe des Gewehrflusses noch nicht entfernt, sondern seine Wohnung auch weiter mit Steinen bombardiert hätten. Tatsache bleibt jedoch, daß hier aus einem Jagdgewehr die Strafe entlang geschossen worden war. Tatsache bleibt ferner, daß es letzten Endes die Kommunisten waren, deren Ueberfall auf die zwei Nationalsozialisten zum Tode eines unbeteiligten Arbeiters geführt hat. Trotz wochenlanger Untersuchung war es nur gelungen, einen der Angreifer zu überführen. Die Genossen dieses Kommunisten haben sich wohlweislich nicht als Zeugen gemeldet.

Tausend-, Gold'im Gerichtsfaal Der Goldmacherprozeß ohne Ende.

München, 23. Januar.

Am weiteren Verlauf des Goldmacherprozesses wurde der Zeuge Fabrikant Peter Kain vernommen. Er nimmt aus seiner Tasche zwei Goldflügelchen, die er unter lebhafter Bewegung im Zuschauerraum und der anwesenden Sachverständigen dem Vorsitzenden in die Hand legt. Der Zeuge bestätigt, daß ein Versuch in Frankfurt a. M. positives Gold herorgebracht habe. Später habe er Tausend gedrängt, doch endlich einmal Gold in größeren Mengen herzustellen, damit es etwas vorwärts gehe. Tausend konnte aber Gold nur in kleinen Mengen herstellen. Die Herstellung von Gold in größeren Mengen sei mit sehr erheblichen Schwierigkeiten verknüpft gewesen.

Der Zeuge Fröh von Winkler, Kaufmann in Dresden, will aus „patriotischen“ Gründen der Sache beigetreten sein. Das Ergebnis der ersten Versuche sei negativ gewesen. Hierauf wird der Fabrikant Wilhelm von Gieken-Hamburg vernommen. Er bekam von einem Mitarbeiter Tausends eine Kugel Gold gezeigt. Auf die Mitteilung, daß Tausend die Sache in der Hand habe, hat der Zeuge seine letzten Bedenken zurückgestellt und sich mit 50 000 Mark an der Gesellschaft beteiligt. Tausend habe erklärt, daß er bereits soweit sei, hundert Kilo reines Gold herzustellen.

Gegen Schluß der Verhandlung kam es noch zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger Graf Pestalozza und dem Vorsitzenden. Der Verteidiger machte Bedenken geltend gegen die ordnungsmäßige Einleitung und Durchführung des Auslieferungsvorgangs. Nachdem der Vorsitzende noch eine Reihe von Protokollen kommissarisch vernommener Zeugen verlesen hatte, wurde die Sitzung auf Sonnabend vormittag vertagt.

Professor Kuttner gestorben.

Kurz vor Erreichung der Altersgrenze starb im 65. Lebensjahre der Professor für innere Medizin Leopold Kuttner, der langjährige Direktor der inneren Abteilung des Rudolf-Birchow-Krankenhauses. Er war ein Schüler des bekannten Internisten Professor Ewald, und schon in seiner Doktorarbeit beschäftigte sich Kuttner mit seinem späteren speziellen Fachgebiet, den Nierenkrankheiten. Sein Hauptforschungsgebiet waren später die Magen- und Darmkrankheiten, im besonderen deren Diagnostik durch chemische und physikalische Untersuchungsverfahren. Mit dem früheren Chirurgen des Augusto-Hospitals, Professor Lindner, war er dann in der Magen Chirurgie tätig. Gerade bei inneren Krankheiten ist es sehr wichtig, festzustellen, wann eine innere Behandlung durch eine Operation abgelöst werden muß. Seit 1910 war Kuttner als Nachfolger von Professor Goldscheider, der damals zum Direktor der dritten medizinischen Klinik der Universität in der Ziegelstraße ernannt wurde, Leiter der gesamten inneren Abteilung des Birchow-Krankenhauses.

Offene Singstunde der SAJ.

In der Aula der Lichtenberger Mittelschule, Marktstraße, gibt die Arbeiterjugend des Bezirks Lichtenberg und hält in der Hand das Liederbuch „Feierstunde“. Auf dem Podium spielt das begleitende Orchester und in der Mitte steht der Dirigent. Nach außen hin das übliche Bild eines Gesangsvereins. Das hier ist aber ganz etwas anderes; das will keinerlei kunstvolle Leistungen, geboren aus straffer musikalischer Disziplin und emsigster Notensarbeit darstellen, dies hier soll Gesang, lebendig um des Singens willen, als Ausdruck beschwingter Fröhlichkeit, sein. Einfache Noten, wie man sie in der Schule lernt, kann fast jeder ab-singen; das Ohr soll dafür lieber auf die Worte hören und das Empfinden einen starken Resonanzboden bilden für Freude und Kampfeslust, Trauer und Leid des proletarischen Volkes. Dieser freie, ganz auf Empfinden gestellte Gesang wird der jungen Säng-



Durch Pantow.



Der Bezirk Pantow ist ein gutes Beispiel für die Vorteile der 1920 erfolgten Neugestaltung von Berlin: Was wäre die Zukunft so kleiner Bestände wie Heinersdorf, Blankenburg, Narow, Buchholz, Blankenfelde, Nieder-Schönhausen und Rosenthal gewesen, die jetzt als gleichberechtigte Glieder von Berlin-Pantow mit aller Sorgfalt der großen Zentrale betreut werden. Wie sehr ihre Entwicklung gefördert wurde, zeigt, daß in Heinersdorf jetzt, prozentual genommen, die größte Bautätigkeit auf diesem Nordostgebiet herrscht. Der alte Ruf Pantows als Gartenstadt hat sich auch unter dem neuen Regime erhalten — die Berliner kommen noch heute gern hinaus zum Besuch der schönen Anlagen, die sich als Schlosspark, als Bürgerpark, als Brosepark und als die zum Volkspark umgewandelte Schönholzer Heide darbieten. Aber auch die alte berühmte Gärtnerei blieb erhalten und die Kleingärten von Blankenburg usw. sind von einer Leppigkeit, wie sie der Berliner Boden selten spendet. Daß der Schulgarten von Blankenfelde die Lehrpflanzen für die Schulljugend spendet, ist bekannt; ein Besuch seiner Anlagen ist empfehlenswert. In das Herz Pantows wird dereinst die U-Bahn führen, die jetzt am Vlnetaplatz endet. Von hier führt die Berliner

Straße zum Markt und zur Breiten Straße, wohn auch die alte Mühlenstraße geht. Den Verkehr mit dem nach Reinickendorf gelegerten Stadtteil vermittelt die ebenfalls alte Wollantstraße. An der Breiten Straße, im Brennpunkt des städtischen Verkehrs, liegt auch das stattliche Rathaus. Die neuen Siedlungen im „Tiroler“ Viertel, im „Kissingen“-Viertel und im „Harzer“ Viertel zeigen den jetzt üblichen Baustil, sie geben ihren Bewohnern Licht und Luft; letztere ist übrigens wegen der geringen Zahl von Fabriken reiner als im eigentlichen Berlin. Aus neuerer und neuester Zeit stammt eine Anzahl Bauten, die höchste Anerkennung verdienen. Das Lyzeum in der Görzstraße galt bis vor kurzem als die größte deutsche Schule und die modernste Schule dürfte das Reformrealgymnasium in Nieder-Schönhausen sein. Eine wahre Musteranstalt von europäischem Ruf ist das neue Gesundheitshaus, das in seinem 81 Frontmeter breiten Gebäude alle Zweige der Gesundheitspflege und Gesundheitsbelehrung umfaßt. Altersheim e sind neuerdings in Buchholz und in der Schönholzer Heide eröffnet worden. In dem Schloß von Nieder-Schönhausen wird hoffentlich bald das in der Klosterstraße zu Berlin schlecht untergebrachte Museum für Volkskunde ein geeignetes Heim finden.

Der Umfang beträgt 7800 Hektar, davon sind etwa 10 Prozent bebaut. Die Bevölkerung zählt jetzt 123 000 Personen. An Platz für eine weitere gedeihliche Entwicklung im heutigen Sinne fehlt es dem Bezirk wahrlich nicht.

Öffentliche Versammlung

Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, Lokal Lindner, Biesdorf-Süd, Köpenicker Straße 165-167

Tagesordnung:

„Nationaler Sozialismus – Volksbetrug“

Redner: Erich Kuttner, M. d. L.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

schar durch ihren Gesangsleiter Karl Weissenberger praktisch in der Weise erklärt, daß man gemeinsam vorerst irgendein einfaches Tongebilde schafft und nachher die Worte unterlegt. Dieser erste Versuch einer offenen Singstunde zeigte in der freudigen Bereitschaft der Ausübenden, daß hier wieder ein neues Gebiet der Gemeinschaftsarbeit geschaffen wurde.

„Baden“: Kapitän nicht schuldlos.

Der Spruch des Hamburger Seeamtes.

Hamburg, 23. Januar.

Das Hamburger Seeamt fällt im weiteren Verlauf der Verhandlung über die Befehle des Hapagdampfers „Baden“ im Hafen von Rio de Janeiro folgenden Spruch: Zunächst ist der Befehl des Forts Santa Cruz ein Verschulden zuzuschreiben, weil es ein unverständliches und unbrauchbares Signal gegeben hat, um den Dampfer „Baden“ zum Anhalten zu bewegen. Nach dem internationalen Code bezieht sich dieses Signal nur auf Boote und nicht auf Schiffe. Ein weiteres Verschulden trifft die Befehle des Forts Vigia insofern, als die Schiffe so schlecht gezielte waren, daß das Schiff getroffen wurde. Andererseits kann das Seeamt auch den Kapitän Rolin nicht davon freisprechen, daß er es an der nötigen Aufmerksamkeit hat fehlen lassen, und zwar dadurch, daß er den handherrschaftlichen Vermerk auf dem Hapagpost nicht gelesen und beachtet hat, sowie ferner dadurch, daß er sich bei dem unverständ-

lichen Signal nicht vergewissert hat, ob es ihm und seinem Schiff gegolten habe. Das Seeamt konnte also den Kapitän nicht ganz von der Mitschuld freisprechen. Dagegen ist hinsichtlich der Behandlung der Toten und Verletzten keinerlei Schuld auf Seiten der Schiffsführung festzustellen.

Wieder schweres Erdbeben.

Achtzehn Tote auf Java. — Viele Ortschaften zerstört.

Amsterdam, 23. Januar.

Auf Mitteljava, in der Nähe der Residenz Teghal und des Vulkans Slamet wurde am Donnerstag nachmittag ein schweres Erdbeben verspürt. Bereits am Donnerstag abend wurde mitgeteilt, daß 18 Personen ums Leben gekommen sind. Etwa 40 Personen haben Verletzungen davongetragen, 15 von ihnen sind schwer verletzt. Hunderte von Wohnungen der Eingeborenen sind sehr schwer beschädigt oder vollständig zertrümmert. Der Schaden wird auf 100 000 Gulden geschätzt. Sämtliche Verbindungen sind unterbrochen. Auch in der Nacht zum Freitag wurde ein neues Erdbeben verspürt. Die Luft war von starken Schwefeldämpfen erfüllt.

Vereinfachte Abführung der Bürgersteuer.

Einem Beschlusse der Stadtverordneten vom 15. Januar 1931 entsprechend hat sich der Magistrat zur Entlastung der Arbeitgeber damit einverstanden erklärt, daß diese die von ihren Arbeitnehmern einbehaltene Bürgersteuer, sofern die Anforderungsschreiben auf den Steuerarten nicht von auswärtigen Gemeinden ausgefertigt sind, nicht an die auf den Steuerarten angegebenen, für den Wohnsitz der Arbeitgeber zuständigen Steuerstellen, sondern unter Beifügung der entsprechenden Steuerartenabschnitte gesammelt an die Steuerkasse abführen, bei der sie ihre Gewerbesteuer zahlen, oder, falls sie nicht gewerbesteuerpflichtig sind, an die Steuerkasse, die für ihre Wohnung zuständig ist. An den Zahlungsterminen wird dadurch nichts geändert. Soweit die Bürgersteuer von auswärtigen Gemeinden veranlagt worden ist, muß sie an die auf den Steuerarten angegebenen auswärtigen Gemeindefassen abgeführt werden.

Kein Geheimnis...

nur ein Beweis für Opels Führerschaft!

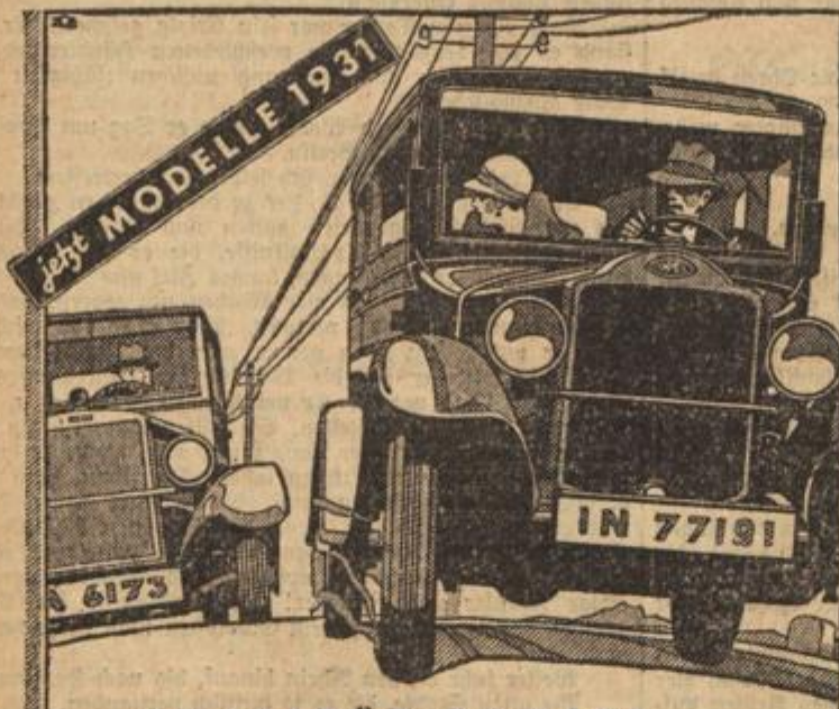
Wie ist es möglich, so große, schöne, kräftige und bequeme Wagen wie die 1,1 Liter Opel Modelle schon von RM 1990 an zu verkaufen, dabei nur allererstes Qualitätsmaterial zu verarbeiten und beim Bau jedes einzelnen Wagens die denkbar größte Sorgfalt anzuwenden? . . . Kein Geheimnis! Opel baut fast 2/3 aller Wagen der Preisklasse unter 3000 Mark. (Dreimal so viel wie irgendeine andere Fabrik!) Dadurch hat Opel natürlich wesentlich günstigere Einkaufsmöglichkeiten und kann gleichzeitig die modernsten, rationellsten Fabrikationsmethoden durchführen. . . Das sind Vorteile, die dem Opelkäufer voll und ganz zugute kommen. Opel allein ist in der Lage, so große, schöne und kräftige Qualitätswagen zu so niedrigen Preisen zu liefern. — Sie erhalten mehr für Ihr Geld, wenn Sie Opel kaufen. Außerdem sind die Zahlungsbedingungen sehr bequem.

Größerer Wert — ohne Preiserhöhung!

Zweizylinder offen RM 1990 Zweizylinder Cabriolet RM 2300 Vierzylinder Limousine RM 2700
Vierzylinder offen RM 2350 (Cabriolet mit Reservissitzen) Lieferwagen RM 2400

FUNFFACH BEREIFT — PREISE AB WERK

ADAM OPEL A. G., ROSELLEHEIM AN MAIN



QUALITÄT VORAN!

Die Überlegenheit der Opel 1,1 Liter Wagen zeigt sich bei jedem nur möglichen Vergleich. Eine moderne, sorgfältige Konstruktion — die Verwendung des besten Materials und gewissenhafte Qualitätsarbeit haben bei den Modellen 1931 zu einer Steigerung der Kraftentfaltung, Schnelligkeit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit geführt, die Opels Vorsprung wiederum vergrößert.



Felix Scherret: Der Mieter erscheint

„Darf ich Ihnen noch einschicken, gnädige Frau?“
Aldi Landowski, ganz aufmerksame Hausfrau, bengt sich vor und schwenkte die Kaffeekanne mit dem Streublümchenmuster dem lieben Gast entgegen.

„Sehr lebenswürdig! Tausend Dank!“ Glucksend stieß der Kaffee in die Tasse. Die vierte, stielte Aldi bei sich fest.

„Sie bereiten aber auch den Kaffee ausgezeichnet zu, liebe Frau Aldi“, lobte Frau Sabine Böhm mit süßem Lächeln und legte sich ein kleines Stück der von Frau Aldi selbstgebackenen Ananastorte auf.

„Du kannst ja fabelhaft kochen, Adelinechen“, rühmte nun ihrerseits Fräulein Ilse Böhm, Frau Sabinens seit Jahren mannbare Tochterchen, um nicht hinter ihrer Mama zurückzubleiben.

„Ja, da ist auch eine Menge Butter und Eier drin“, nickte Frau Aldi, „umsonst macht er nicht so fett.“

„Selbstgemacht ist eben anders als Bäckerei“, mischte sich jetzt Herr Ottokar Böhm, der mit Lothar Landowski und Benno Tiefenbacher bisher den wirtschaftlichen und politischen Problemen der Gegend auf den Grund gegangen war, in das Gespräch der Damen, und Aldi, nun so viel Lob beglückt, zählte der aufmerksam lächelnden Frau Böhm sämtliche Zutaten her, die der Kuchen enthielt. Auf dem Heimweg machte dann Frau Böhm ihr Tochterchen auf das Unpassende dieser Prahlerei aufmerksam.

„Mein Mieter“, eiferte Frau Aldi, sagt immer, schon wegen der Kuchen würde er hier kein Verbot wohnen bleiben.“

„Ach ja, Ihr Mieter“, erinnerte sich Frau Böhm, die schon lange auf dieses Thema wartete. „Wie geht es ihm?“

Auch Frau Sabine Böhm verfügte über einen Mieter, der ihr wenig Freude bereite. Selbstverständlich hätte weder sie noch Frau Aldi Landowski es nötig zu vermieten, aber warum sollte die große Wohnung leer stehen? Nur aus diesem Grunde gaben sie Zimmer ab, jedenfalls behaupteten sie es täglich.

„Konstantin Koroloff macht recht gute Geschäfte“, Lothar Landowski, lehnte sich wichtig in den Ledersessel zurück und streckte die Beine von sich. „Er hat Verbindungen, und ich selbst tat mein Bestes, um ihn bei der Kaufmannschaft einzuführen.“ Gönnerhaft nickte der Hausherr vor sich hin.

Benno Tiefenbacher konnte ein Lächeln nicht unterdrücken. Er konnte seit Jahren die finanziellen Schwierigkeiten seines Freundes Landowski und mußte auch, daß die Kaufmannschaft keinen gesteigerten Wert auf Empfehlungen von dieser Seite legte. Außerdem handelte Konstantin Koroloff Holz, eine Branche, die Lothar Landowski, dem Kämpfer um Abgabemöglichkeiten für Taschmesser, so entfernt wie nur möglich lag.

„Eine kleinere Summe habe ich ihm auch vorgestreckt“, schloß Lothar Landowski bedeutungsvoll.

Ein Hustenreiz erfaßte plötzlich Benno Tiefenbacher. Die Böhms blinzelten interessiert auf, und Frau Aldi Landowski verfuhr ihrem Eheherrn einen heimlichen oder herzhaften Stoß.

Herr Ottokar Böhm schob die soeben in Brand gefetzte Zigarre von dem linken in den rechten Mundwinkel und sah sich in dem eleganten Raum um.

„Hier, in diesem Zimmer wohnt doch der Koroloff.“ Herr Ottokar Böhm wollte damit jartüchtig sein Staunen ausdrücken, daß ausgerechnet hier der Kaffeekoch gebedet worden war. Auch Frau Sabine Böhm war plötzlich sehr gespannt.

„Na, wenn schon!“ Lothar Landowski vergrub die Hände in die Hosentaschen und sah unendlich überlegen in die Welt.

„So“, gab Herr Ottokar Böhm kurz von sich, aber seine Gattin Sabine hatte jetzt eine Menge Fragen zu stellen. Sie bezogen sich alle darauf, wie der Mieter Konstantin Koroloff darauf reagiert, daß man die von ihm gemieteten Räume mitbewohnt. Frau Sabine Böhm erzählte auch ihren Freundschaften, ihr Mieter hätte bei ihr nichts zu bestellen, und man könnte zwanglos sein Zimmer be-

nutzen, wenn er ausgegangen war, aber solches und ähnliches erzählte sie nur, die Wirklichkeit sah anders aus, ach, ganz, ganz anders. Hier jedoch wurde sie zur Zeugin, wie diktatorisch die Landowskis in dem vermieteten Zimmer wirtschafteten. Kein Wunder! Lothar Landowski war auch ein anderer Kerl wie ihr Mann, der niemals energilich den Mund aufzumachen verstand.

Mit der Beste der Dame von Welt hob Frau Aldi die Tafel auf. Man gruppierte sich um einen gehämmerten Rauchtisch, auf dem heute bunte Gläserchen mit Cherry-Brandy standen. Fräulein Ilse Böhm hatte sich auf eine grüne Lipscomb und fand, daß ihr diese materielle Stellung wenig Bergnügen und Bequemlichkeit bereite, aber sie versuchte, vor Benno Tiefenbacher sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Reize zu entfalten. Tiefenbacher war nämlich noch unbewußt und betrieb dazu eine Effektenmakerei, die ihm immerhin ein diskutierbares Bankkonto eingetragen hatte. Doch der Mann der Effekten brachte für Frau Aldi Landowski größeres Interesse auf.

Der Herr des Hauses reichte inzwischen aus einem blühenden Kästchen Zigaretten herum, die allerdings dem abwesenden Herrn Koroloff gehörten.

„Ach, wissen Sie, lieber Böhm, meinte er mit betont herrischer Stimme, „die Mieter muß man als Nebensache behandeln.“

„Man lebt davon, aber das braucht dieser Koroloff doch nicht zu wissen“, entfuhr es Frau Aldi wider Willen. Sie wurde über und über rot, hüftelte und warf einen ängstlich schenen Blick auf die Böhms, die aber Gott sei Dank so taten, als ob sie nichts gehört hätten. Tiefenbacher bedauerte innerlich diesen Fehltritt, und Lothar Landowski zählte leise:

„Ist du verrückt geworden?“ In Augenblicken echter Erregung nannte er Aldi bei ihrem im Standesamt registrierten Namen Ida. Dann sprach er sehr schnell und laut, um bestimmte unangenehme Eindrücke zu verwischen: „Sehen Sie, was ist dieser Koroloff? Ein kleiner Holzhändler, ein Ausländer, der glücklich sein kann, daß er bei uns wohnt, oder besser, daß er bei uns wohnen darf.“

Lothar Landowski stolzierte im Zimmer auf und ab wie ein Pfau, der ein Rad schwingen will.

„Koroloff bittet uns sogar, sein Zimmer zu benutzen, jawohl, das tut er!“ Lothar Landowski zählte die ergebenen Blicke der Familie Böhm einschließlich des Tochterchens Ilse auf sich ruhen. Benno Tiefenbacher näherte sich in diesem günstigen Augenblick Frau Aldi und streichelte ihren Rücken aus Schmeichelei.

Und da geschah es.

Lothar Landowski stand im Zenit der Bewunderung. Er versuchte, mit den Augen zu blitzen und ernste Würdesaiten legten sich um seine dicken Lippen. Plötzlich erschloß er, gab blühen schnell seine stolze Haltung auf und stürzte zu Aldi.

„Hörst du nichts“, die Stimme zitterte. Aldi erschrak und fand nicht sofort die Haltung der großen Dame.

Tatsächlich sah sie draußen etwas vorzubereiten. Schritte näherten sich auf dem Korridor, die Tür wurde aufgerissen, und im Rahmen stand ein kleiner, zarter Mann, der erstaunt die versteinerte Gruppe betrachtete und kein Wort sagte.

Lothar Landowski verank in eine tiefe Verbeugung. Dann riß er eine Tür zu den Innenträumen auf, stieß Herrn Ottokar Böhm in die Richtung und küßte mit heiserer Stimme:

„Nur schnell, schnell! Um Gottes Willen!“

Frau Aldi lächelte mühsam und komplimentierte die Damen hinaus. Benno Tiefenbacher reichte dem noch immer schweigenden Herrn die Hand.

Familie Böhm, die jetzt auf ihrem sehr hohen Pferd saß, verabschiedete sich bald. Herr Ottokar Böhm erklärte, es sei ihm ein großes Vergnügen gewesen. Er ließ die Frage offen, worin dies Vergnügen bestanden hatte.

Stahlmöbel in der Schule

Hygiene für unsere Kinder

Die Wandlung der Außenfassade unseres Hauses hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit vollzogen, seit wir uns entschlossen haben, unsere Baumethode unter immer stärkerer Verwendung von Stahl als Baumaterial modernen Baumethoden anzupassen. Immerhin hat auch diese Wandlung Jahre in Anspruch genommen. Hier waren aber die praktischen Vorteile der Stahlbaumethode so klar und übersehbar, daß auch die blindeste Tradition sich auf die Dauer dieser Entwicklung nicht entgegenstellen konnte.

Anders liegt es bei der Inneneinrichtung unserer Wohnungen. Hier sind die wirtschaftlichen Vorteile bei der Verwendung von Stahlmöbeln nicht in so starkem Maße sichtbar. Erst die Zeit wird die grundlegende Geschmacksänderung mit sich bringen, die die Basis für die Verwendung von Stahlmöbeln für den Privathaushalt bildet.

Anders liegt die Frage dort, wo es sich um die Einrichtung von Räumen für den öffentlichen Gebrauch handelt. Also bei Krankenhäusern, Büros und Fabriken. Hier ist die reine Zweckmäßigkeit stärker betont als in der Wohnung. Hier treten die Eigenarten der Stahlmöbel, die leichtere Reinigungsmöglichkeit, das geringere Gewicht und die damit verbundene leichte Transportmöglichkeit, die größere Anpassungsfähigkeit zu ihrem eigentlichen Zweck deutlicher in den Vordergrund als bei der Einrichtung von Privathaushalten. Und in der Tat begegnen wir jetzt immer mehr Stahleinrichtungen in diesen Räumen. Ein modernes Krankenhaus ohne Stahlmöbel ist heute kaum noch denkbar, schon aus dem einfachen Grunde, weil es kein anderes Material für die Herstellung von Möbeln gibt, das in so hohem Maße allen hygienischen Anforderungen entspricht wie der Stahl. Auch Versammlungssäle werden jetzt mit Stahlmöbeln eingerichtet, und in modernen Büros gibt man den leicht transportablen und leicht zu säubernden Stahlmöbeln schon vielfach den Vorzug.

Dagegen vermischen wir die Stahlmöbel heute noch in unseren Schulen, wo sie gerade am allermeisten angebracht sind. Es gibt ausgezeichnete moderne Stahlschulmöbel, die viele Vorzüge gegenüber den jetzt verwendeten Schulmöbeln besitzen. Sie sind vor allen Dingen feuerfest, eine nicht zu unterschätzende Eigenschaft für Schulen. Aber auch in hygienischer Beziehung sind Stahlmöbel den Holzmöbeln in der Schule überlegen. Und gerade in einer Schule muß ja besonders Wert darauf gelegt werden, daß Tische und Bänke vollkommen sauber gehalten werden. Während bei den Holzmöbeln sich der Schmutz sehr leicht in den Fugen und Rinnen festsetzt, ist dies bei den Stahlmöbeln ausgeschlossen. Die Stahlmöbel ermöglichen auch eine leichtere Reinigung des Fußbodens. Dazu kommt die in wirtschaftlicher Hinsicht außerordentliche, fast unbegrenzte Dauerhaftigkeit. Die Kinder können nicht durch Schrauben und ähnliche Spielereien die Möbel zerstören. Dazu kommt, daß der Stahl ein guter Wärmeleiter ist, der sofort die Temperatur des Zimmers annimmt. Wenn es also im Raum warm ist, so sind die Stahlmöbel ebenfalls warm. Das Aussehen der modernen Stahlmöbel für Schulzwecke ist sehr gefällig. Die Traggestelle aus Stahlrohr und ebenso die Lackierung, die auch bunt sein kann, geben dem sonst so nüchternen Klassenzimmer einen frischen und freundlichen Anstrich.

Einzelne Schulen haben deshalb bereits zur Einrichtung mit Stahlmöbeln gegriffen, so die neu errichteten Schulen in Duisburg und das Realgymnasium in Datteln. Ganz besonders eignen sich dabei die Stahlmöbel für die Einrichtung der Lehrmittelsammlung und der Werkstätten und Laboratorien. Auch hier sind von verschiedenen Schulen und Anstalten bereits unsfergütliche Anlagen geschaffen worden.

Georg Doll.

Wie wohnt sich's in Moskau?

Dokumente des Lebens

Die Moskauer satirische Wochenschrift „Krokodil“ bringt zur Kennzeichnung der Sitten in den Wohnkommunen der Sowjethauptstadt, eine Auswahl drastischer Aussagen, Klagen, Protokolle usw. aus den Akten der Volksgerichte. Einige besonders charakteristische seien hier wiedergegeben, die zugleich, wie das Moskauer Blatt tadelnd vermerkt, als beredte Zeugnisse des unter den Sowjetbürgern unvermindert gedeihenden „Bourgeois-Geistes“ dienen mögen:

„Nach dem Tode der Bürgerin N., in meiner Wohnung, fanden sich deren Verwandte zur Beerdigung ein. Sie baten mich um ein Zimmer zum Übernachten und sind seither nicht wieder fortgezogen.“

„Der Beklagte Hausgenosse gebraucht Alkohol und zensurwürdige Ausdrücke mit Musikbegleitung.“

„Der Beklagte macht durch sein Benehmen ein Zusammenleben mit ihm in einer Wohnung zu einer Gefahr, und zwar: aus Uebermut verurachte er Kurzschluß des elektrischen Lichts, demonstriert einen Feuerchaden, indem er in seinem Zimmer seine Katze in Brand steckt und dergleichen mehr.“

„Ich bitte, die Bürgerin N. aus meiner Wohnung auszusiedeln, damit sie meine Kinder nicht beeinflusst, die von ihr die gemeinsten Unfähigkeiten zu sehen und zu hören bekommen und wie sie aus religiösen Schriften vorliest.“

„Meine Mietszähle ich pünktlich und lebe mit meiner Ehefrau, wofür ich hiermit eine Bescheinigung belege.“

„Der Beklagte hat mich von meinem Mann und meinen drei Kindern fortgeführt, und ist sehr abgereist und hat mir weder für meine Schande noch meine Wohnung etwas bezahlt.“

„Die Bürgerin N. beklagt sich über Drangsalierungen; indessen hat die Hausgenossenschaft, welcher ihr prostituiertes Benehmen bekannt war, ihr die Zimmermiete wie einer ledigen Heimarbeiterin berechnet.“

„Ein Ehepaar wohnt bei mir in einer Stube, die es für zwei Personen gemietet hatte. Nach drei Monaten bekamen sie ohne mein Wissen ein Kind. Da ich diese Tatsache als offensbaren Betrug und als Bruch des Mietvertrages betrachte, bitte ich Mahregeln zur Ausweisung meiner Mieter zu ergreifen.“

„An Anbetracht meiner sozialen Lage als Invalide erster Kategorie bin ich außerstande, für den Beklagten zu zahlen, welcher Armut vorzuziehen, und in seinem Zimmer ist nichts Anständiges vorhanden. Trotzdem sind seine zwei erwachsenen Töchter gut gekleidet, essen gut, kommen spät in der Nacht nach Hause und erzählen dann und singen, und der Vater hilft ihnen dabei mit seinem Boh. Woraus ersichtlich ist, daß in der Ratslage ein Hungernder nicht singen würde.“

„Die Bürgerin N. beklagt sich über mich, daß ich sie aus der Wohnung auf die Treppe hinausgeworfen habe, doch ich habe dies nicht deshalb gemacht, um sie nicht in die Wohnung zu lassen, sondern

weil ich fürchte, daß ich sie verprügeln würde, da sie meine Geduld mißbraucht. Dadurch habe ich mich davon bewahrt, sie zu verprügeln.“

„Es stimmt. Ich komme nicht selten betrunken nach Hause und stuche auch mordsmäßig, doch einem Arbeiter ist dies, glaube ich, zu verzeihen.“

„Die Bürgerin N. lebt in einem bürgerlichen Luxus, mit einem Klavier, einem Dienstmädchen und einem Hunde.“

„Die Bürgerin N. übt mit ihrer Tochter einen sehr freien Beruf aus.“

„Der Beklagte kommt abends, statt mit einem Hauschlüssel, immer mit einem Ziegelstein nach Hause und bricht damit die Tür auf.“

„Als Beweis dafür, daß ich ein armes Mädchen bin, kann der Umstand dienen, daß von drei Abtreibungen bei mir zwei kostenlos gemacht wurden.“

„Im vorigen Jahr war ich eine Arbeitslose, jetzt hab' ich geheiratet.“

„Beruf der Beklagten: Witwe.“

„Ich bitte um Aussiedlung meiner Frau, mit der ich fünfundzwanzig Jahre zusammengelebt und acht Kinder bekommen habe, indem wir einander hochschätzten, doch in der Zeit der heimlichen Haus-Schnapsbrennerei hat sie sich das Saufen angewöhnt und damit angefangen, ihre ehelichen Pflichten zu vergesen. Um auf sie einzuwirken, ließ ich mich von ihr scheiden, doch auch das hat sie nicht zur Vernunft gebracht.“

„Der Beklagte ist unser Vater lediglich seiner Herkunft nach.“

„Der Beklagte bestreitet seinen Lebensunterhalt von den Einkünften seines ihm gehörigen Pferdes.“

„Die Beklagten beschäftigen sich mit Kuppelrei und heizen den Ofen nicht.“

„Indem ich zeitweilig in die Stadt Sverdlowst verreise, hatte ich meine Wohnung und meine Familie für mich reserviert.“

„Soziale Lage der Klägerin: Jungfrau, geschieden, angestellt.“

„Die materielle Lage der Beklagten besteht aus Möbeln, die nach Bourgeoisie klinken, und aus Unterstüßungen, die ihr von ihrem Sohn gezahlt werden.“

„Ich hatte mit meinen Hausgenossen abgemacht, daß ich zehn Rubel im Monat zahlen werde mit Holz, elektrisch Licht und zweimal täglich heißes Wasser mit Möbeln.“

„Ich bin äußerst bedrängt, da ich gezwungen bin, in einem kleinen Durchgangszimmer zu wohnen, in welchem sich ein Wandschirm, vier Kinder, ein Ofen und andere Möbel befinden.“

„Von klein auf wohnt meine Mutter bei mir und von klein auf hat sie sich gewöhnt, mich zu kommandieren. Ich bitte das Volksgericht, ihr einen anderen Ort anzuweisen.“

Das Gehörorgan der Fische entdeckt

Seit langem weiß man, daß Fische auf Geräusche reagieren, aber bisher bestand die Streitfrage, ob diese Hörfähigkeit wirklich auf einem Hörsinn und nicht vielmehr auf einem stark entwickelten Tastsinn beruht. Der bekannte Münchener Zoologe Prof. von Frisch hat nun bei neuen Untersuchungen, über die Dr. Marcuse in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ berichtet, das Gehörorgan der Fische entdeckt und damit dieses Problem gelöst. Der Gelehrte verwendete bei seinen Versuchsversuchen, Erbsen und Zwergweissen, Geräusche, die in unmittelbarer Nähe erzeugt werden, aber jede mechanische Erschütterung vermeiden, so daß diese Fehlerquelle ausgeschlossen wurde, und erzielte mit verschiedenen Auswirkungen, wie Fütterung, Warnung, Schrecken, die mit diesen Geräuschen verbunden waren, fortlaufend gleiche Reaktionen. Er erwies damit das Vorhandensein eines eigenen Gehörorganes und konnte auch durch feinste Abstufung der Töne den Umfang des Hörbereichs feststellen. Die obere Hörgrenze liegt beim Fisch nur 1 bis 2 Oktaven tiefer als beim Menschen, die untere ist die gleiche. Der Gelehrte forschte auch nach einem bestimmten Organ, das dem Hörsinn dient, und es ergab sich, daß der Fisch bei Entfernung des unteren Teiles des Ohrlabrynth taub wird, während die Beseitigung des oberen Teiles seine Orientierung im Raume unmöglich macht. Damit ist erwiesen, daß das eigentliche Gehörorgan der Fische sich im unteren Teil des Ohrlabrynth befindet.

Die Lokalisierung der Sinne

Das Lebenswerk eines Gehirnforschers

Professor S. E. Henschen, zur Zeit der hervorragendste Vertreter seines Faches, hat jetzt den letzten Band seiner „Pathologie des Gehirns“ vollendet. Dieses Werk stellt die größte wissenschaftliche Arbeit dar, die von einer einzigen Person in den letzten hundert Jahren in Schweden vollbracht worden ist. Vor 40 Jahren begann Henschen mit der Darstellung der Struktur und der Funktionen des menschlichen Gehirns, und jetzt in seinem 83. Lebensjahr hat der Professor die letzte Hand an das monumentale, acht Quartbände umfassende Werk gelegt.

Das wichtigste Resultat seiner Forschungen betrifft die Lokalisierung der Gehirnzentren, für die einzelnen Sinne. Ganz neu und grundlegend ist zum Beispiel seine Theorie über die Lokalisierung des Sehevermögens. Diese Theorie wurde lange Zeit von allen Physiologen abgelehnt, und erst während des Weltkrieges, als Tausende durch Kopfschüsse ihr Sehevermögen einbüßten, wurde der Beweis erbracht, daß Professor Henschens Auffassung zweifellos richtig ist. Zur Lösung der Fragen, ob das Gehirn besondere Zellen für die Farbempfindungen enthalte, machte Professor Henschen 600 Aufnahmen von der Gehirnmassse verschiedener Affenarten, Millimeter um Millimeter, und entdeckte auf diesem Wege die Licht- und Farbzellen. Sechs Jahre dauerten die Voruntersuchungen zur Lösung eines anderen wichtigen Problems, das sich auf die Gehirnfunktionen beim Sprechen bezieht. Auch in dieser Frage hat die Forscherarbeit des schwedischen Gelehrten zu bahnbrechenden Resultaten geführt.

Warum erzeugen Kohl und Zwiebeln Blähungen? Diese Pflanzen enthalten, wie alle Kreuzblütler und Zwiebelarten, in hervorragendem Maße Schwefel. Dieser aber verwandelt sich durch die Tätigkeit des Verdauungsapparats in Schwefelwasserstoff und erzeugt dadurch die Blähungen.

Buch- und Betriebsprüfung.

Ihre Erfolge und ihr Wert.

Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst der Reichsfinanzverwaltung ist in den zehn Jahren seines Bestehens zu großer Bedeutung gelangt. Er ergab sich aus der Notwendigkeit, die aus- geschriebenen Steuern in gerechter Weise auf alle Staatsbürger zu verteilen. Industrie und Handel, die die wirtschaftlich Stärkeren sind, sollen dadurch, daß sie, wie es früher üblich war, ihr Einkommen selbst schätzen dürfen, nicht günstiger dastehen als Gehalts- und Lohnempfänger, die der zwangsläufigen Besteuerung durch den Abzug vom Arbeitslohn unterliegen.

Aus diesen Buchprüfungen hat sich ein von Jahr zu Jahr steigender Mehrertrag an Steuern ergeben. Nach den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums sind die Mehrerträge an Steuern in den Jahren 1924 bis 1929 wie folgt gestiegen:

| | |
|---------|-------------|
| 1924-25 | 11,42 Proz. |
| 1925-26 | 11,39 |
| 1926-27 | 11,67 |
| 1927-28 | 16,61 |
| 1928-29 | 22,03 |

Im Jahre 1928/29 wurden bei 57 620 Buch- und Betriebsprüfungen Beanstandungen erhoben, durch die es zu einer rechtskräftigen Nachveranlagung von rund 150 Millionen Reichsteuern kam. Ferner wurden rund 24 Millionen Landessteuern, Kirchensteuern u. a. nachveranlagt; die verhängten Geldstrafen beliefen sich auf rund 3 Millionen Mark. Der Hauptanteil entfällt auf die beiden Arten der Einkommensteuern (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) mit etwa 110 Millionen Mark gleich etwa 64 Proz. des Gesamtbetrages.

Aber das zahlenmäßige Ergebnis, so wertvoll es schon für sich allein ist, stellt nicht den einzigen und vor allem nicht den Haupterfolg dar. Der Haupterfolg des behördlichen Prüfungsverfahrens ist vielmehr seine vorbeugende Wirkung, indem schon das Bestehen der behördlichen Prüfungseinrichtungen den Steuerpflichtigen zur Steuerehrlichkeit ermuntert und erzieht. Die hier erzielte Wirkung ist nicht erst aus den Nachveranlagungen ersichtlich, sondern hat bereits bei der Abgabe der Steuererklärungen ihren zahlenmäßigen Ausdruck gefunden. Eine weitere günstige Wirkung ist, daß der Kaufmannsstand zu einer ordnungsmäßigen Buchführung angehalten wird, da nur eine Buchführung, die den üblichen Grundregeln der Ordnungsmäßigkeit entspricht, bei der Nachprüfung allein auf Anerkennung durch die Steuerbehörden Anspruch hat. Zahllose Kaufleute sind überhaupt erst durch die Vorschriften der Finanzverwaltung zur Einrichtung einer Buchführung oder aber zur Vornahme der erforderlichen Verbesserungen und Ergänzungen ihrer Buchführung bemogen worden.

Die Bedeutung der verhängten Geldstrafen wird vielfach verkannt. Die Finanzämter sind keine Strafverfolgungsbehörden, und es läßt sich grundsätzlich wohl nichts dagegen sagen, wenn sie nur in tragfähigen Fällen eine Bestrafung herbeiführen, im übrigen aber sich mit Nachveranlagungen begnügen. So wurden im Jahre 1928/29 im Landesfinanzamtsbezirk Berlin 23 Millionen Mark Mehrsteuern erzielt, aber nur 235 000 Mark Geldstrafen festgesetzt. In Münster, dessen Finanzamt erst an vierter Stelle bei den Mehrsteuern steht, wurden 471 000 Mark Geldstrafen verhängt. Man kann hieraus wohl ersehen, daß das Verwaltungsstrafverfahren hier schärfer, dort wohlwollender gehandhabt wird — aber nicht, daß die Buchprüfer nicht erfolgreich gewesen wären. Der verhältnismäßig geringe „Erlös“ an Geldstrafen mag mit darauf zurückzuführen sein, daß man auch bei der Finanzverwaltung der Meinung ist, die Mehrzahl der falschen Steuererklärungen beruhe auf mangelnder Kenntnis der zahlreichen Verordnungen, weniger aber auf der Absicht der Steuerhinterziehung.

Die Steuerpflichtigen haben auch ohne schlechte Absicht oft eine von der Auffassung des Finanzamtes abweichende Ansicht, oder mit anderen Worten, sie sind mit der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes nicht vertraut. Hier kann nur die fortschreitende Vereinfachung der Steuergesetzgebung helfen, denn es ist wohl anzunehmen, daß die meisten Nachveranlagungen die Steuerarten betreffen, deren Rechtsprechung am umfangreichsten und mithin am schwersten zu übersehen ist. Freilich trifft dies z. B. nicht auf die Umsatzsteuer zu, die z. B. für 1928/29 an den Mehrsteuern mit 9 Prozent beteiligt ist. Die Erkenntnis, daß bei der Umsatzsteuer etwa 14,5 Millionen Mark zur Nachveranlagung gelangten, und 451 000 Mark Geldstrafe erhoben wurde, ist nicht erfreulich, denn die Umsatzsteuer ist ja leicht zu errechnen, weil jeder seinen Umsatz ohne Schwierigkeiten feststellen kann. Hier kann der Hinweis, daß Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen vorliege, wohl nur in vereinzelten Fällen zutreffen.

Klagen über allzu kleinliche Beanstandungen durch die Buchprüfer mögen manchmal nicht ganz unberechtigt sein, im allgemeinen hat die Finanzverwaltung sich mit Erfolg bemüht, die Buchprüfer zu größtmöglicher Berücksichtigung der kaufmännischen Denkweise zu erziehen. Dies ergeben u. a. die Verwaltungsvorschriften für die Buchprüfer, die in dem sogenannten „ersten A. und B.“ Materialerlass vom 7. Juli 1927 zusammengestellt sind, usw.

Das Bemühen, durch verstärkte Vornahme von Abschreibungen, die in der Kriegs- und Inflationszeit arg vernachlässigt worden waren, die Erhaltung und rechtzeitige Erneuerung der Anlagen zu sichern, ist dadurch gefördert worden, daß solche Abschrei-

Der Unsinn im Brotgesetz.

Schlechtes Roggenbrot / Höhere Ausmahlung!

Unterhalb Monate, nachdem durch die Rotorordnung in das Brotgesetz die Bestimmungen über den Verkauf des Brotes nach festem Gewicht aufgenommen sind, ist nun endlich im Reichs- ernährungsministerium eine Besprechung erfolgt, in der man sich über die Ausführungsverordnungen geeinigt hat. Da aber die obersten Landesbehörden noch Richtlinien über die Durchführung der Gewichtsnachprüfung in den Bäckereien erlassen sollen, wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis wir endlich zu dem von der Sozialdemokratie schon lange geforderten Verkauf des Brotes nach festem Gewicht kommen werden.

Dagegen wurde in der Besprechung nicht über die anderen für den Roggenkonsum so nachteiligen Bestimmungen des Brotgesetzes verhandelt, obwohl sich diese allmählich zu einer Katastrophe auswirken. Durch das Brotgesetz wird verhindert, daß der Roggen in einem dem Konsum am meisten entsprechenden Ausmahlungsgrad verbraucht werden kann; vielmehr schreibt dieses Gesetz vor, daß die Mühlen Roggen entweder zu 100 Proz. oder unter 60 Proz. ausmahlen. Mit dieser Vorschrift sollte eine Hebung des Roggenverbrauchs erreicht werden, denn — so schloß die ministerielle Logik — wenn das Korn nur zu 60 Proz. ausgemahlen wird, braucht man selbstverständlich mehr Roggen, um ein Brot herzustellen, als wenn der Roggen zu 70 Proz. oder 75 Proz. ausgemahlen wird.

Der erwartete Erfolg des Brotgesetzes hat sich aber ge-

rade ins Gegenteil verkehrt. Die Verbraucher ziehen etwas dunkleres Brot (aus 70 Proz. ausgemahlenem Mehl) dem helleren vor. Um sich dieser Geschmacksrichtung anzupassen, legen in manchen Gegenden die Bäcker dem Roggenmehl hart ausgemahlene Weizenmehl zu, um auf diese Weise eine dunklere Färbung des Brotes zu erreichen. Durch diesen Kunstgriff wird aber der Roggenabfall keineswegs vermindert. Hierzu kommt, daß die Arbeitslosigkeit auch schon auf den Verbrauch des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, unheilvoll eingewirkt hat. In Mühlenkreisen wird der Minderverbrauch an Roggenbrot gegenüber dem Vorjahre auf 10 Proz. geschätzt. Der Roggenmehlabbau läßt daher sehr zu wünschen übrig, was selbstverständlich auch eine Wirkung auf die Roggenpreise ausüben muß.

Auf der einen Seite versucht also die Regierung eine Vergrößerung des Roggenabfahes durch die Eosinroggenaktion zu erreichen, auf der anderen Seite erläßt sie mittels der Rotorordnung unzumutbare Gesetze, durch die der Absatz des Roggens für menschlichen Verzehr verringert wird. Es wird höchste Zeit, um dieses völlig sinnlose Gegeneinanderwirken zweier Regierungsmaßnahmen aufzuheben, daß die Ausmahlungsgrenze für Roggen auf 75 Proz. erhöht wird. Das aus diesem Mehl hergestellte Brot entspricht am besten der Geschmacksrichtung der Verbraucher. Folglich wird auch am leichtesten hierdurch der Roggenabfall zu erhöhen sein.

ungen, soweit ihre wirtschaftliche Berechtigung feststeht, auch steuerlich anerkannt werden. Hierdurch wurde eine Quelle zahlreicher Streitigkeiten allmählich zum Erlöschen gebracht. Nun sind aber Meinungsverschiedenheiten oft darüber möglich, ob Anschaffungen in einem Jahre abgebucht werden dürfen oder auf mehrere Jahre zu verteilen sind. Der Buchprüfer kann im Interesse des Fiskus hier der kaufmännischen Auffassung nicht folgen; denn die sofortige Abbuchung von Neuananschaffungen hat oft zur Folge, daß ein buchmäßiger Gewinn überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Da andererseits der Steuerpflichtige die herkömmliche kaufmännische Vorsicht, die in der sogenannten „Niederwertregel“ bilanzrechtlich zum Ausdruck kommt, nicht verlassen will, gelangte man zur Aufstellung besonderer „Steuerbilanzen“, durch die die kaufmännischen Bilanzen den Erfordernissen der amtlichen Vorschriften angepaßt wurden. Das Nebeneinander zweier verschiedener Bilanzen, nämlich der eigentlichen „Handelsbilanz“ und der „Steuerbilanz“, führte zu einer Komplizierung des Buchführungswesens, wodurch wiederum, allein zum Zwecke der Klarstellung, Prüfungen erforderlich werden. Deshalb ist auch die Buch- und Betriebsprüfung im wesentlichen auf Großbetriebe erstreckt worden. Die Großbetriebe werden seit 1925 „mindestens alle drei Jahre einmal einer ordentlichen B. und B.“ unterzogen.

Man hat nun den Buchprüfern den Barwuch gemacht, daß sie zu fiskalisch eingestellt seien, und anschließend hieran vorgeschlagen, die Berücksichtigung der Interessen der Finanzverwaltung ganz auf das private Revisions- und Treuhänderwesen zu übertragen bzw. einen neuen Stand von „Steuernotaren“ zu schaffen. Solange nicht für eine ausreichende Vorbildung der selbstständigen Bücherrevisoren die erforderliche Sicherheit geschaffen ist, kann solchen Vorschlägen nicht nähergetreten werden. Die von Bücherrevisoren eingereichten Bilanzen zeugen manchmal durchaus nicht von ausreichender Kenntnis der einschlägigen Verordnungen, so daß dann die auch bei der heutigen Regelung durchaus mögliche Unterstützung der Finanzämter durch die Bücherrevisoren ausbleibt. Andererseits werden die wertvollen Erfahrungen selbstständiger Bücherrevisoren für die Finanzverwaltung oft durch Uebernahme geeigneter Personen in den Staatsdienst nutzbar gemacht. K—s.

Der Textilkampf in England.

Das Krisenzentrum Lancashire.

Der große Arbeitskampf im englischen Baumwollzentrum Lancashire nimmt seinen Fortgang. Die Streiklage hat sich seit dem Ausbruch des Arbeitskampfes am 17. Januar insofern noch verschärft, als die Spinnereiunternehmer drauf und dran sind, ihre Betriebe gleichfalls stillzulegen. Damit würde sich die Zahl der ausgesperrten Textilarbeiter, die zur Zeit bei den Webereien 250 000 Personen betreffen, um fast das Doppelte erhöhen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung wird die zum Wochenende zu erwartende Abstimmung der Gewerkschaften sein, ob Verhandlungen über die Arbeit an dem neuen Licht-Webstuhl-System aufgenommen werden oder nicht. Die Arbeitervertreter wenden sich deswegen so scharf gegen dieses neue Arbeitssystem, weil mit der Ersetzung des bisherigen Bier-Webstuhl-Systems — wo ein Arbeiter vier Stühle bediente — durch das Licht-Webstuhl-System die in Lancashire herrschende Massen-

arbeitslosigkeit noch verschärft würde. Im übrigen erklären auch die Arbeitnehmervertreter die Einführung des neuen Arbeitssystems, das eine verschärfte Beanspruchung der Arbeitskraft mit sich bringt, zu den gegenwärtigen Lohnsätzen für unmöglich, da die Löhne der Baumwollarbeiter erst im August 1929 von den Unternehmern um mehr als 6 Proz. abgebaut wurden.

Die Unternehmer denken vorläufig nicht daran, den Forderungen der Textilarbeiter entgegenzukommen. Sie sehen infolge der anhaltenden Absatzschwierigkeiten auf großen Vorratslagern fest, die sie während des Arbeitskampfes zu räumen gedenken. Allerdings macht sich auf den ostasiatischen Märkten jetzt bereits eine auffallende Aktivität der japanischen Konkurrenz bemerkbar, die die Fabrikanten von Lancashire schneller, als ihnen lieb ist, zur Nachgiebigkeit zwingen könnte.

Wirtschaftsberatung deutscher Städte u. G.

Verdächtige „Besürchtungen“.

Wie der Deutsche Städtetag mittelt, ist der Ausschussrat für die kürzlich offiziell gegründete Wirtschaftsberatung Deutscher Städte u. G. gegründet worden. Dem Ausschussrat gehören Vertreter der deutschen Städte, der Fachorganisationen der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr) und ein Vertreter des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe an. Vorsitzender des Ausschussrats ist Dr. Müller, der Präsident des Deutschen Städtetages, sein Vertreter ist Direktor Schmidt von den Berliner Städtischen Gaswerken. Als Vorstandsmitglied der Gesellschaft, die bekanntlich in erster Linie ein Organ für die Rechnungsprüfung und Wirtschaftskontrolle darstellt, ist vorläufig Dr. Eissa bestellt worden.

Der neue Ausschussrat tritt der modegewordenen „Angst“ privatkapitalistischer Kreise ausdrücklich entgegen, als ob es sich bei der Gründung der Wirtschaftsgesellschaft um eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeteiligung der Kommunen handelte. Wir halten diese Rücksichtnahme für überflüssig. Wenn heute bürgerliche Blätter Besürchtungen äußern, die Wirtschaftstätigkeit der Gemeinden könne erweitert werden, so handeln sie meist nicht aufrichtig. Diese Kreise wissen, daß den Gemeinden der Brotkorb heute so hoch gehängt ist, daß die kommunale Finanznot — ohne Schuld der Gemeinden — sogar die öffentliche Finanzwirtschaft überhaupt gefährdet. Wo derart überflüssige Besürchtungen geäußert werden, sind sie meist nur die Stellvertreter des Willens, die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden weiter abzubauen. Wir möchten deshalb wünschen, daß die Wirtschaftsberatung Deutscher Städte u. G. es als ihre selbstverständliche Aufgabe betrachtet, durch ihre Tätigkeit als Berater und Revisor rückstoslos auch der Verteidigung des öffentlichen Bestandes gegen die weitere Privatfinanzierung zu dienen.

Der Produktionsverlust der Walzwerke.

Erzeugung um fast 28 Prozent reduziert.

Nach den Feststellungen der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ stellte sich die Produktion der deutschen Walzwerke im Dezember auf 0,53 gegen 0,52 Millionen Tonnen im November. Da



6⁹⁰

Ballschuhe nur von Leiser



12⁹⁰

„Arco“
Lack-Schnürschuh

Der Dezember jedoch einen Arbeitstag mehr aufweist, ist die durchschnittliche arbeitsmäßige Leistung der Holzwerke weiterhin um 2,5 Proz. auf 22.210 Tonnen gefallen.

Das Gesamtergebnis der Holzwerksproduktion im letzten Jahr ist genau so trübselig wie das der Stahlwerke und Hochofenbetriebe. Mit einer Gesamtleistung von 8,15 Millionen Tonnen blieben die Leistungen der Holzwerke um 3,14 Millionen Tonnen oder fast 28 Proz. hinter dem Jahre 1929 zurück.

Rohlenabfuhr belebt sich weiter.

Die schon im Dezember festgestellte Besserung des Steinrohlenabfuhr hat sich im Januar fortgesetzt. Für die Berichtswochen vom 11. bis 17. Januar wird ein Anwachsen der arbeitsmäßigen Förderung im Ruhrbergbau von 334.444 auf 358.409 Tonnen gemeldet. Dies entspricht einer Steigerung von 7 Proz. Auch die Kohlerzeugung an der Ruhr ist arbeitsmäßig mit 59.586 gegen 58.390 Tonnen in der Vormwoche leicht zugenommen. Der langsame Abbau der Halbenbestände macht gleichfalls Fort-

schritte. So sind die gesamten Halbenbestände am 17. Januar bis auf 9,62 Millionen Tonnen zurückgegangen, während sie im Dezember einen Höchststand von 11 Millionen Tonnen erreicht hatten.

Die Besserung im Bergbau prägt sich auch in den Abfuhrziffern des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpaktats aus. So konnte im Monat Dezember der Abfuhr auf 8,36 gegen 7,21 Millionen Tonnen im November erhöht werden, was einer arbeitsmäßigen Steigerung des Abfuhr um 10,6 Proz. entspricht. In den Monaten Oktober bis Dezember 1930 wurden insgesamt 23,8 Millionen Tonnen abgefördert, was gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr eine Besserung des Abfuhr um 5,87 Proz. bedeutet. Die Abfuhrmengen lagen um 21,1 Proz. unter den Ziffern der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Frankreich durchdringt Europa.

Trotz der Krise drängt die große Kapitalansammlung in Frankreich immer stärker zum Kapitalexport. Zwar ist die seit langem vorbereitete französische Anleihe an den jugo-

slawischen Staat noch immer nicht abgeschlossen, dafür ist eine Vermehrung des privaten Kapitalexports in verschiedenen Formen zu verzeichnen.

Der französische Chemie- und Glaskonzern Saint Gobain beabsichtigt die Errichtung eines großen Glaswerks in Jugoslawien. Vor einigen Monaten wurde in Paris als Dachgesellschaft für Textilinteressen in den Balkanländern die Société Financière Textile pour la France et l'Étranger mit einem Kapital von 90 Millionen Franken gegründet; an dieser Gründung wirkten neben französischen Textil- und Bankgruppen auch deutsche Banken sowie die Oesterreichische Creditanstalt in Wien mit. Diese Gesellschaft betreibt jetzt die Erhöhung des Aktienkapitals der Bukarest (Rumänien) arbeitenden Gesellschaft für Textilindustrie von 400 auf 650 Millionen Lei.

Von besonderem Interesse ist die Meldung, daß der bekannte französische Konzern der Stahl-, Maschinenbau- und Rüstungsindustrie Schneider-Creusot die Absicht hat, noch umfangreicher als bisher tschechoslowakische Unternehmen unter seinen Einfluß zu bringen.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 24. 1.
Staats-Oper
Unter d. Linden
14.5. A.-V.
20 Uhr

Sonnab., 24. 1.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
20 Uhr

La Traviata
Ende g. 22 1/2 Uhr

Rigoletto
Ende g. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
20 Uhr

Staatl. Schauspiel
(im Gendarmenmarkt)
12.5. A.-V.
20 Uhr

Fidelio
Ende 22 1/2 Uhr

Die Jungfrau von Orléans
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
100 000 Taler
Ende nach 22 1/2 Uhr

Winter Garten
11 1/2 Uhr. Zeitl. 2013. Bucher erblüht.

Codonas + Leitzel
Baraccas + 5 Songs
Brcker's Bärenschaub
usw.

Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

ROSE THEATER
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn: Strausberger Platz

Täglich 8.15 Uhr
Sonnabends 7 u. 10.15 U.
Sonntags 2.50, 5.45 u. 9 U.

„Die Dollarprinzessin“

Berliner Tageblatt schreibt:
„Eine brillante, von Hans Rose geleitete Aufführung, in die auch der Verwöhnung getrost hineingehen kann, denn die Rose bieten etwas auf der Berliner Operettenbühne Seltenes: Heilig gepflegte Ensemblekunst.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloffer

Emil Joppien
geb. 4. April 1873, am 21. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet Sonntag, den 26. Januar, 19 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Nach längerem Leiden verschied am 21. Januar unser langjähriges Vorstandsmitglied und Kollege Herr

Robert Krüger
im 56. Lebensjahr. In seiner zirka 25jährigen Tätigkeit im Vorstand war er uns ein treuer, braver Mitarbeiter und Berater. Seine vorbildlichen aufrichtigen Charaktereigenschaften sichern ihm ein bleibendes Andenken.

Der Vorstand und die Angestellten der Ortskrankenkasse der Schlosser und verw. Gewerbe zu Berlin.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 26. Januar, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße, statt.

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr — 8 1/2 Uhr. 9 1/2 Uhr
Nachm. 20 Pf. bis 3 M. abends 1—4 M.

Bestell u. Gould, Lina-Trio
Schwefel-Künstler-Berlin usw.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr

Hans Albers
in
Liliom
von Franz Molnar
Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
100 000 Taler

Familien-Nachmittage
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 5 1/2 Uhr

Zwangseinquartierung
0.30 bis 1.50
Kaffeehaus! Kaffee mit Kuchen 0.30 M.

Barowsky-Bühnen
Theater in der Strommannstr.
8 1/2 Uhr

Amphitryon 38
Komödie von Jean Giraudoux
Inszenierung: Victor Barowsky

Komödienhaus
8 1/2 Uhr

Cocktail
von Vollmöller u. Benatzky

Berliner Theat.
8 1/2 Uhr

Regimentsstodter
von Donizetti

Zimmer
1 Bett-M. 7.- b. 11.-
2 Bett 14.- bis 22.-
Bad M. 3, Salon 10

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf
Bekanntmachung

Der 6. Richttrag zur Auffassung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf ist unter dem 15. Januar 1931 genehmigt und tritt, soweit nicht einzelne Bestimmungen bereits früher wirksam geworden sind, mit dem 1. Januar 1931 in Kraft. — Besondere Bestimmungen sind im Richttrag enthalten.

Auf Grund des § 22 des Richttrages wird das Hauptgeld für die Angehörigen der in Krankenbüchern oder Verzeichnissen untergeordneten Mitglieder auf 1/2 des Krankengeldes erhöht.

Für die Familienangehörigen unserer Mitglieder werden im Juli 1931 70 Prozent der Kosten für Arznei, Verbandstoffe und Heilmittel ermäßigt.

Gemäß § 45 des Richttrages sind die Krankentagegelder für Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte, Techniker, Techniker sowie andere Anwärter im Sinne des § 1 Absatz 1, 2 des Angehörigenversicherungsgesetzes, die im Falle der Arbeitsunfähigkeit einen Rechtsanspruch auf Gehalt für mindestens 4 Wochen vom Tage des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit haben, auf 6 vom Hundert des Grundlohnes ermäßigt.

Um feststellen zu können, für welche der im § 48 genannten Personen ab 1. Januar 1931 nur 6 vom Hundert des Grundlohnes als Beitrag erhoben werden sollen, fordern wir unsere Mitglieder hierdurch an, uns innerhalb einer Woche mitzuteilen, welche der nun Ihnen beschriebenen Beschäftigungsarten sie sich am 1. Januar 1931 befanden. — Die Angehörigen der im § 1 Absatz 1, 2 des Angehörigenversicherungsgesetzes einen Rechtsanspruch auf Gehalt für mindestens 4 Wochen vom Tage des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit haben (Beschäftigten fallen nicht darunter). In Zukunft ist festzuhalten, daß die Angehörigen dieser Personen die entsprechende Angabe zu machen oder auf der Summenliste zu vermerken.

Berlin-Wilmersdorf, den 21. Januar 1931.

R. Engelhardt **J. Wiemann**
Schriftf. Schriftf.

PLAZA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
Sonnab. 2, 5, u. 8 1/2 Uhr
Alex. E. 4 8000

1. Vorstellung 80 Pf. bis 1 M.
II. und III. Vorstellung 1 bis 2 M.
14 Alfred Jackson + Girls
Willy Holsche usw.

Deutsches Theater
8 Uhr

Elisabeth von England
von Ferd. Brackner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
8 1/2 Uhr

Pariser Platz 13
von Vicki Baum
Regie: Gustav Gründgens

Die Komödie
8 1/2 Uhr

THEATER ADMIRALSPALAST
Tägl. 8 1/2, Merkur 9901, 9877

Auf den Floek
Kleine Preise

EXCELSIOR
Heimarbeit
Strickmaschinen, erfordern ca. 200 Stk.
Fragen Sie in Ihrem Interesse auch an bei
G. Wenzel, Ostendstr. 40, Berlin, W. 100.

Am Mittwoch, dem 21. Januar, verschied nach langem, schwerem Krankenlager mein lieber guter Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder

Robert Krüger
im 56. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen
Auguste Krüger, geb. Herrmann.
Berlin, Grünthalerstr. 27/28.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 26. Januar, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße, statt.

CASINO-THEATER
8 1/2 Uhr
Löfflinger Straße 57.

Unwiderfällig nur bis 30. Januar:
Biederleute

und ein erstklassiger bunter Teil.
Sonnabend, 31. Januar zum 1. Male
Onkel Kühn aus Neuruppin
Guthachs 1—4 Personen
Fautuill 1,25 M., Sessel 1,75 M.
Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Wok.

Kleines Theat.
Heute 8 1/2 Uhr

Premiere
Olga Tschekowa
in:
Liebe — unmodern
Kaufmann, Klubertanz

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Sensationeller Opernenerfolg!

Viktoria und ihr Husar

Neues Theater am Zoo
An Bahnh. Zoo. Stpl. 6554

Täglich 8 1/2 Uhr
Der gr. Lacherfolg!
Wiederauftreten
Guido Thielscher
Das öffentliche Aergernis
Preise 1 bis 8 M.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr

Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Richard Tauber, Gitta Alper
Schilderer!

Kurt Götz
Täglich 8 1/2 Uhr

Der Lügner u. die Nonne

Elite-Sänger
Kottbasser Str. 6
F. 8. Oberb. 6070

Tägl. 8 1/2 Uhr
Sonntags ab 3 1/2 Uhr

„Das macht uns kleiner nach“
das Schpiel
Claire Waldoff!
Reich. ermäßigte Preise!

Achenbach-Garagen
ab Lager
Wellblech-, Stahl- u. Betonbauten
jeder Art. Angeb. u. Prosp. kostenlos.

Gehr. Achenbach & Co. H. H. Weidmann, Siegl
Eisen- und Wellblechwerke — Postfach 326

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
TAGL. 8 UHR

Im Weissen Rössel
Sonnab. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung. Billige Preise.

Regie Erik Charell

Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937.

8 1/2 Uhr
Zum goldenen Anker
mit Käthe Berna
Sonntag, 25. Jan. 4 Uhr
Premierebesetzung
„Zum goldenen Anker“
Halbe Preise.

Renaissance-Theater
Steinplatz 6780.
8 1/2 Uhr

muß die Kuh Milch geben?
mit Albert Bassermann

Moorbad Pretzsch an der Elbe
das bestbewährte Heilbad. Ab 1. Oktober Kurpessschale, für 28 Tage 80 Mark.

Kleine Anzeigen
wirkungsvoll und billig

Überdruckzeit 25 Pf., Textzeit 15 Pf., Wiederholungsdruck: 10 mal 25, 20 mal oder 1000 mal 10 Pf., 2000 mal 15 Pf., 4000 mal 20 Pf., 8000 mal 25 Pf., 16000 mal 30 Pf., 32000 mal 35 Pf., 64000 mal 40 Pf., 128000 mal 45 Pf., 256000 mal 50 Pf., 512000 mal 55 Pf., 1024000 mal 60 Pf., 2048000 mal 65 Pf., 4096000 mal 70 Pf., 8192000 mal 75 Pf., 16384000 mal 80 Pf., 32768000 mal 85 Pf., 65536000 mal 90 Pf., 131072000 mal 95 Pf., 262144000 mal 100 Pf., 524288000 mal 105 Pf., 1048576000 mal 110 Pf., 2097152000 mal 115 Pf., 4194304000 mal 120 Pf., 8388608000 mal 125 Pf., 16777216000 mal 130 Pf., 33554432000 mal 135 Pf., 67108864000 mal 140 Pf., 134217728000 mal 145 Pf., 268435456000 mal 150 Pf., 536870912000 mal 155 Pf., 1073741824000 mal 160 Pf., 2147483648000 mal 165 Pf., 4294967296000 mal 170 Pf., 8589934592000 mal 175 Pf., 17179869184000 mal 180 Pf., 34359738368000 mal 185 Pf., 68719476736000 mal 190 Pf., 137438953472000 mal 195 Pf., 274877906944000 mal 200 Pf., 549755813888000 mal 205 Pf., 1099511627776000 mal 210 Pf., 2199023255552000 mal 215 Pf., 4398046511104000 mal 220 Pf., 8796093022208000 mal 225 Pf., 17592186044416000 mal 230 Pf., 35184372088832000 mal 235 Pf., 70368744177664000 mal 240 Pf., 140737488355328000 mal 245 Pf., 281474976710656000 mal 250 Pf., 562949953421312000 mal 255 Pf., 1125899906842624000 mal 260 Pf., 2251799813685248000 mal 265 Pf., 4503599627370496000 mal 270 Pf., 9007199254740992000 mal 275 Pf., 18014398509481984000 mal 280 Pf., 36028797018963968000 mal 285 Pf., 72057594037927936000 mal 290 Pf., 144115188075855872000 mal 295 Pf., 288230376151711744000 mal 300 Pf., 576460752303423488000 mal 305 Pf., 1152921504606846976000 mal 310 Pf., 2305843009213693952000 mal 315 Pf., 4611686018427387904000 mal 320 Pf., 9223372036854775808000 mal 325 Pf., 18446744073709551616000 mal 330 Pf., 36893488147419103232000 mal 335 Pf., 73786976294838206464000 mal 340 Pf., 147573952589676412928000 mal 345 Pf., 295147905179352825856000 mal 350 Pf., 590295810358705651712000 mal 355 Pf., 1180591620717411303424000 mal 360 Pf., 2361183241434822606848000 mal 365 Pf., 4722366482869645213696000 mal 370 Pf., 9444732965739290427392000 mal 375 Pf., 18889465931478580854784000 mal 380 Pf., 37778931862957161709568000 mal 385 Pf., 75557863725914323419136000 mal 390 Pf., 151115727451828646838272000 mal 395 Pf., 302231454903657293676544000 mal 400 Pf., 604462909807314587353088000 mal 405 Pf., 1208925819614629174706176000 mal 410 Pf., 2417851639229258349412352000 mal 415 Pf., 4835703278458516698824704000 mal 420 Pf., 9671406556917033397649408000 mal 425 Pf., 19342813113834066795298816000 mal 430 Pf., 38685626227668133590597632000 mal 435 Pf., 77371252455336267181195264000 mal 440 Pf., 154742504910672534362390528000 mal 445 Pf., 309485009821345068724781056000 mal 450 Pf., 618970019642690137449562112000 mal 455 Pf., 1237940039285380274899124224000 mal 460 Pf., 2475880078570760549798248448000 mal 465 Pf., 4951760157141521099596496896000 mal 470 Pf., 9903520314283042199192993792000 mal 475 Pf., 19807040628566084398385987584000 mal 480 Pf., 39614081257132168796771975168000 mal 485 Pf., 79228162514264337593543950336000 mal 490 Pf., 158456325028528675187087900672000 mal 495 Pf., 316912650057057350374175801344000 mal 500 Pf., 633825300114114700748351602688000 mal 505 Pf., 1267650600228229401496703205376000 mal 510 Pf., 2535301200456458802993406410752000 mal 515 Pf., 5070602400912917605986812821504000 mal 520 Pf., 10141204801825835211973625643008000 mal 525 Pf., 20282409603651670423947251286016000 mal 530 Pf., 40564819207303340847894502572032000 mal 535 Pf., 81129638414606681695789005144064000 mal 540 Pf., 162259276829213363391578010288128000 mal 545 Pf., 324518553658426726783156020576256000 mal 550 Pf., 649037107316853453566312041152512000 mal 555 Pf., 1298074214633706907132624082305024000 mal 560 Pf., 2596148429267413814265248164610048000 mal 565 Pf., 5192296858534827628530496329220096000 mal 570 Pf., 10384593717069655257060992658440192000 mal 575 Pf., 20769187434139310514121985316880384000 mal 580 Pf., 41538374868278621028243970633760768000 mal 585 Pf., 83076749736557242056487941267521536000 mal 590 Pf., 166153499473114484112974882535042872000 mal 595 Pf., 332306998946228968225949765070085744000 mal 600 Pf., 664613997892457936451899530140171488000 mal 605 Pf., 1329227995784915872903799060280342976000 mal 610 Pf., 2658455991569831745807598120560685952000 mal 615 Pf., 5316911983139663491615196241121371904000 mal 620 Pf., 10633823966279326983230392482242743808000 mal 625 Pf., 21267647932558653966460784964485487616000 mal 630 Pf., 42535295865117307932921569928970973232000 mal 635 Pf., 85070591730234615865843139857941946464000 mal 640 Pf., 170141183460469231731686279715883892928000 mal 645 Pf., 340282366920938463463372559431767785856000 mal 650 Pf., 680564733841876926926745118863535571712000 mal 655 Pf., 136112946768375385385349023772707144448000 mal 660 Pf., 272225893536750770770698047545414288896000 mal 665 Pf., 544451787073501541541386095090828577792000 mal 670 Pf., 1088903574147003083082772190181657155584000 mal 675 Pf., 2177807148294006166165544380363314311168000 mal 680 Pf., 4355614296588012332331088760726628622336000 mal 685 Pf., 8711228593176024664662177521453257244472000 mal 690 Pf., 1742245718635204932932435504290514488944000 mal 695 Pf., 3484491437270409865864871008581028897888000 mal 700 Pf., 6968982874540819731729742017162057795776000 mal 705 Pf., 1393796574908163946345948035432415515552000 mal 710 Pf., 27875931498163278926918960708648310231104000 mal 715 Pf., 55751862996326557853837921417296620462208000 mal 720 Pf., 11150372599265311570767584283459324932448000 mal 725 Pf., 22300745198530623141535168566918648864896000 mal 730 Pf., 44601490397061246283070337333837297729792000 mal 735 Pf., 89202980794122492566140674667674595459584000 mal 740 Pf., 178405961588244985132281349335349190919168000 mal 745 Pf., 356811923176489970264562698670698381833328000 mal 750 Pf., 713623846352979940529125397341396763666656000 mal 755 Pf., 1427247692705959881058250794682793527333312000 mal 760 Pf., 2854495385411919762116501589365587054666624000 mal 765 Pf., 570899077082383952423300317873117413333248000 mal 770 Pf., 114179815416476790484660063574623482666648000 mal 775 Pf., 228359630832953580969320127149246965333296000 mal 780 Pf., 456719261665907161938640254298493930666512000 mal 785 Pf., 913438523331814323877280508596987861333024000 mal 790 Pf., 1826877046663628647754561017193975722666048000 mal 795 Pf., 365375409332725729550912203438795445333096000 mal 800 Pf., 730750818665451459101824406877590890666192000 mal 805 Pf., 146150163733090291820364881375581781333384000 mal 810 Pf., 292300327466180583640729762751163562666768000 mal 815 Pf., 584600654932361167281459525502327125333536000 mal 820 Pf., 11692013098647223345629190510046545066688000 mal 825 Pf., 23384026197294446691258381020093090133376000 mal 830 Pf., 46768052394588893382516762040186180266752000 mal 835 Pf., 93536104789177786765033524080372360533504000 mal 840 Pf., 187072209578355573530067048160744721066808000 mal 845 Pf., 37414441915671114706013409632148944213376000 mal 850 Pf., 74828883831342229412026819264297888426752000 mal 855 Pf., 149657767662684458824053638528595776533504000 mal 860 Pf., 29931553532536891764810727705719154666808000 mal 865 Pf., 59863107065073783529621455411438309333716000 mal 870 Pf., 1197262141301475670592429108228766667432000 mal 875 Pf., 239452428260295134118485821645753334864000 mal 880 Pf., 478904856520590268236971643291506668736000 mal 885 Pf., 957809713041180536473943286583013346144000 mal 890 Pf., 1915619426082361072947886573166026692288000 mal 895 Pf., 3831238852164722145895773146332053384576000 mal 900 Pf., 7662477704329444291791546292664066769152000 mal 905 Pf., 1532495540865888858358309258532813381824000 mal 910 Pf., 306499108173177771671661857706562676336000 mal 915 Pf., 61299821634635554334332371541312534672000 mal 920 Pf., 12259964326927110866866474288262507344000 mal 925 Pf., 245199286538542217337329485765250146880